



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Umbau in Kiel

Neues Parlament, neues Kabinett

Urnengang
Die Wahl
vom 8. Mai

Neuanfang
Der Landtag
tritt zusammen

Zweiklang
Schwarz und Grün
regieren weiter

03 Meldungen

Landtagswahl

05 Das Ergebnis, Gewinne und Verluste, Sitzverteilung

06 Die direkt Gewählten in den Wahlkreisen

07 Meldungen zur Wahl

08 Szenen des Wahlabends



Sieger-Interview: Ministerpräsident Daniel Günther mit ZDF-Moderatorin Bettina Schausten

09 Die Wahl-Analyse: ein Rekordergebnis

10 Die Abgeordneten des neuen Landtages: fünf Fraktionen, 69 Köpfe

14 Viele Junge, viel Erfahrung: ein Blick in den neuen Landtag

15 Personalien

ZÄHLBARES

4

Abgeordnete des neuen Landtages sind älter als 60 Jahre. Zu Beginn der vorherigen Wahlperiode hatten noch 13 Abgeordnete dieses Alter.

Mehr Statistisches auf Seite 14

Alter Landtag

16 15 weitere Abgeordnete scheiden nach der Wahl aus

17 Bilanz der Wahlperiode, Worte zum Abschied

18 Die letzten Beschlüsse: Ukraine-Flüchtlinge, LNG, Kommunen, Kitas, Pflege

19 Petitionsausschuss, Statistik, AfD scheidet

20 **Nachgehakt:** Milchbanken, Special Olympics, virtuelles Museum

Neuer Landtag

22 Kristina Herbst zur Landtagspräsidentin gewählt



Von der Kabine an die Urne: Wahlakt im Plenum

23 Der Abgeordneteneid, Gottesdienst zum Auftakt, Vizes gewählt, Immunität geregelt

24 Die Ausschüsse in der 20. Wahlperiode

Neue Regierung

26 Das schwarz-grüne Kabinett

27 Der Koalitionsvertrag

29 Aktuelle Stunde: Kritik aus der Opposition



Erstes Rededuell: Oppositionsführer Thomas Losse-Müller (SPD) und das neue Kabinett

30 **Plenum:** Mieterschutz, Grundsteuer, Ausbaubeiträge, Kinderzuschlag, Übergewinnsteuer, CCS

32 **Einfache Sprache:** Mehr Mit-Sprache für die Jugend

33 Lettlands Präsident zu Besuch, Ostseekonferenz

34 **Rückblick 2001:** der PISA-Schock

36 **Bücher:** „Haus an der Förde“, „30 Joor Birat Nedderdüütsch“, „Putins Netz“, moderne Sensibilität, Wer ist Olaf Scholz?, Impressum

38 **Im Porträt:** Jan Kürschner (Grüne)

39 **Ins Bild gerückt:** Zu Besuch im Landeshaus

40 Termine, Termine, Termine

Der Schnappschuss

Hochprozentiges statt Blumen: SSW-Fraktionschef Lars Harms (re.) überreicht Ministerpräsident Daniel Günther nach dessen Wiederwahl Ende Juni eine Flasche mit dänischem Whisky.



Klaus Schlie geht, Kristina Herbst übernimmt

Stabwechsel im Landeshaus: Der langjährige Landtagspräsident Klaus Schlie hat sich Anfang Juni nach zehn Jahren im Amt und insgesamt 25 Jahren in der Landespolitik ins Privatleben zurückgezogen. Seine Nachfolgerin ist Kristina Herbst. Die CDU-Politikerin ist neu im Parlament und war zuvor Staatssekretärin im Innenministerium.

Der 68-jährige Schlie war zur Landtagswahl am 8. Mai nicht wieder angetreten. Der Abschied aus dem Amt sei „natürlich ein wirklich tiefer Einschnitt“, verriet Schlie unserer Redaktion. Er gehe aber mit Freude: „Diesen Abschied habe ich lange geplant, und nun ist es an der Zeit, sich neuen, vor allem ehrenamtlichen, Aufgaben zuzuwenden.“ Wehmut empfinde er nicht. „Alles hat seine Zeit – diese Redewendung passt perfekt“, so Schlie.

Seit dem 7. Juni ist Kristina Herbst Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages. „Es wird mir ein Bestreben sein, den Landtag



würdig nach außen zu vertreten und nach innen alles dafür zu tun, dass die Arbeit des Parlaments und seiner Abgeordneten den hohen Ansprüchen unserer demokratischen Grundordnung genügen wird“, sagte sie nach ihrer Wahl. Gut eine Woche später stand ihr erster protokollarischer Termin auf dem Programm: der Besuch des deutschen Botschafters in Kopenhagen, Pascal Hector, im Landeshaus (siehe Foto).

Mehr zur Landtagspräsidentin auf Seite 22



Fraktionen: Spitzenposten vergeben

In den Wochen nach der Landtagswahl am 8. Mai haben die Fraktionen ihre Führungspositionen besetzt.

CDU: Tobias Koch, seit 2017 Fraktionsvorsitzender, behält diesen Posten auch in der neuen Wahlperiode. Er erhielt in geheimer Wahl die Stimmen von 33 der 34 Abgeordneten. Rixa Kleinschmit, Uta Wenzel, Tim Brockmann und Ole Plambeck sind seine Stellvertreter. Neue Parlamentarische Geschäftsführerin ist Birte Glißmann.

Grüne: Lasse Petersdotter ist neuer Fraktionsvorsitzender. Seine Stellvertreterin ist Silke Backsen, Uta Röpcke übernimmt das Amt der Parlamentarischen Geschäftsführerin. Die bisherige Fraktionschefin und neue Landtagsvizepräsidentin Eka von Kalben ist „kooptiertes Mitglied im Fraktionsvorstand“. Alle Wahlen erfolgten einstimmig.

SPD: Spitzenkandidat Thomas Losse-Müller löst Serpil Midyatli an der Spitze der Fraktion ab. Er wurde einstimmig gewählt. Sophia Schiebe ist seine Stellvertreterin, Parlamentarischer Geschäftsführer ist Kai Dolgner.

FDP: Fraktionschef bleibt Christopher Vogt. Er hat diesen Posten seit 2017 inne. Annabell Krämer ist seine Stellvertreterin, und Oliver Kumbartzky bleibt Parlamentarischer Geschäftsführer. Alle Wahlen erfolgten einstimmig.

SSW: Lars Harms, seit 2012 Vorsitzender des SSW im Landtag, ist Fraktionsvorsitzender. Zum Parlamentarischen Geschäftsführer wurde, ebenfalls einstimmig, Christian Dirschauer gewählt.

Weitere Personalien: Seite 15

Wortwörtlich

„Es ist offensichtlich, dass sich der Ressortzuschnitt dieser Regierung nicht am Wohl des Landes, sondern an schwarz-grüner Machtlogik orientiert hat. Und das gilt leider auch für den Inhalt des Koalitionsvertrags.“

(Thomas Losse-Müller, SPD)

• • •

„Wir wollen unser Land sicher durch derzeitige und zukünftige Krisen bringen, damit die Menschen in Schleswig-Holstein hier weiterhin die glücklichsten Menschen sind und unsere Kinder und Enkelkinder eine gute Zukunft vor sich haben.“

(Tobias Koch, CDU)

• • •

„Mit über 50 Menschen haben wir einen ausführlichen und soliden Koalitionsvertrag verhandelt, der die Grundlage für die kommenden fünf Jahre bildet. Aber auch darüber hinaus gehen wir geschlossen in diese Wahlperiode und werden auch unvorhersehbare Krisen für Schleswig-Holstein gemeinsam bewältigen.“

(Lasse Petersdotter, Grüne)

• • •

„Der Koalitionsvertrag ist ja außergewöhnlich umfangreich. Aber trotz der extrem vielen kleinteiligen Themen und Projekte, die Erwähnung finden, ist er bei den wichtigen Themen oft seltsam vage und schlichtweg unambitioniert. Viele wichtige Fragen bleiben offen – vor allem, wenn es um die Finanzierung geht.“

(Christopher Vogt, FDP)

• • •

„Das hört sich ein bisschen so an wie ‚Meine Tante – Deine Tante‘. Kriegen die Grünen etwas, muss zeitgleich die CDU etwas kriegen. Und kriegt die CDU etwas, müssen die Grünen zeitgleich etwas kriegen.“

(Lars Harms, SSW)

• • •

„Die Landesregierung weiß um ihre Verantwortung in diesen herausfordernden Zeiten.

Wir werden mit Unsicherheiten leben müssen, und umso wichtiger ist es, dass wir hier in Schleswig-Holstein solidarisch zusammenhalten, so wie wir es in den Jahren der Pandemie gemacht haben.“

(Finanzministerin
Monika Heinold, Grüne)

Aus der Aktuellen Stunde am **30. Juni** über den Koalitionsvertrag des neuen Regierungsbündnisses aus CDU und Grünen.

Mehr: Seite 29

Abgeordnete wechseln ins Kabinett

Insgesamt sechs Abgeordnete von CDU und Grünen sind mit der Regierungsbildung Ende Juni aus dem Landtag ausgeschieden und haben Posten im Landeskabinett übernommen. Bei den Grünen legten Finanzministerin Monika Heinold, die neue Sozialministerin Aminata Touré und der neue Staatssekretär im Umweltministerium, Joschka Knuth, ihre Mandate nieder. Für sie sind Ulrike Täck, Oliver Brandt und Bettina Braun ins Parlament nachgerückt. Bei der CDU ist der Minderheitenbeauftragte Johannes Callsen nun auch Koordinator für die Zusammenarbeit mit Dänemark im Range eines Staatssekretärs. Otto Carstens ist als Staatssekretär ins Justizministerium und Tobias von der Heide ins Wirtschaftsministerium gewechselt. Für sie kehren

Anette Röttger und Katja Rathje-Hoffmann ins Parlament zurück. Neu im Landtag ist Cornelia Schmachtenberg.

Staatssekretäre dürfen nicht gleichzeitig Abgeordnete sein. Bei Ministern ist dies möglich, die Grünen vollziehen aber traditionell eine Trennung von Amt und Mandat. Wenn Abgeordnete ausscheiden, werden die Sitze über die Landeslisten nachbesetzt, die die Parteien zur vorherigen Landtagswahl aufgestellt haben.

Mehr zum neuen Landtag auf den Seiten 10 bis 13.

Mehr zur Landesregierung auf Seite 26.

Diäten gestiegen

Die Entschädigung für die Abgeordneten des Landtages sind zum 1. Juli um 2,6 Prozent auf 9.117 Euro gestiegen. Grundlage für die jährliche Anpassung ist laut Abgeordnetengesetz die Mitteilung des Statistikamts Nord über die allgemeine Einkommensentwicklung im vergangenen Jahr. Der amtliche Index bezieht sich auf die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer einschließlich der Beamten in Schleswig-Holstein. Die prozentuale Veränderung betrug nach den Berechnungen des Statistikamts im Jahr 2021 gegenüber 2020 plus 2,6 Prozent.

Fraktionsmittel festgelegt

Der Finanzausschuss hat Ende Juni einstimmig die Höhe der Fraktionsmittel für die neue Wahlperiode festgelegt. Demnach stehen der CDU-Fraktion jährlich 2,22 Millionen Euro zur Verfügung. Bei den Grünen sind es 1,65 Millionen und bei der SPD 1,63 Millionen Euro. Die FDP erhält 950.000 und der SSW 850.000 Euro. Die Gesamtsumme beträgt 7,3 Millionen Euro, rund 400.000 Euro mehr als am Ende der vorherigen Wahlperiode.

Die Summen setzen sich aus einem Grundbetrag zusammen, gestaffelt nach Größe der Fraktion, und einem Beitrag pro Abgeordneten, der stufenweise sinkt, je größer die Fraktion ist. Fraktionen, die nicht in der Regierung vertreten sind, erhalten zudem einen Oppositionszuschlag von je 100.000 Euro. Die Mittel dienen dazu, die Mitarbeiter der Fraktionen zu bezahlen, sowie für Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit oder Sachverständige.

Christlich-jüdische Zusammenarbeit: Feierstunde im Landtag

Der Landtag und der Landesbeauftragte für politische Bildung haben die Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit Schleswig-Holstein (GCJZ) gewürdigt. Anlass für den Festakt Ende Juni im Landeshaus war das 60-jährige Bestehen der Gesellschaft.

In Zeiten eines wachsenden Antisemitismus setze die GCJZ auf „Prävention, Aufklärung und Dialog, um Vorurteile und Missverständnisse auszuräumen und zu überwinden“, so Landtagspräsidentin Kristina Herbst vor rund 80 geladenen Gästen. Ziel müsse „ein selbstverständliches Miteinander von Juden und Nichtjuden in einer Atmosphäre von Zugehörigkeit und Normalität aller Religionen und Kulturen“ sein. Der Landesbeauftragte Christian Meyer-Heidemann unterstrich, dass es auf persönliche Begegnungen ankomme: „Es gibt immer noch zu viele Menschen in Schleswig-Holstein, die noch nie in Berührung mit dem Judentum gekommen sind. Das müssen wir dringend ändern.“

Die GCJZ wurde 1962 gegründet, um den lange verbreiteten christlichen Judenhass aufzuarbeiten. Sie organisiert Gespräche, Vorträge, Ausstellungen, Lesungen und Konzerte.

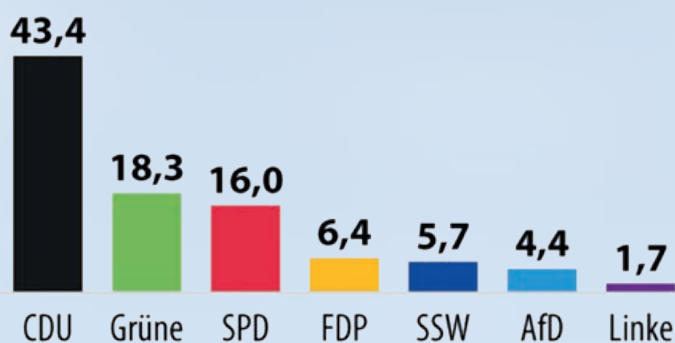
Parlamente wollen beim „Föderalismusdialog“ mitreden

Die deutschen Landesparlamente fordern mehr Mitsprache auf Bundes- und EU-Ebene. Das ist der Kernpunkt der „Bremischen Erklärung“, die die Landtagspräsidentenkonferenz (LPK) Ende Juni in Bremen verabschiedet hat. Die Oberhäupter der 16 Landtage, des Bundestags und des Bundesrates fordern die „Mitwirkung der Landesparlamente bei Verfassungsänderungen auf Bundesebene“ und eine Mitsprache „bei der Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union“. Zudem bringt die LPK erneut die „Möglichkeit der Bindung der Landesregierungen beim Stimmverhalten im Bundesrat und bei der Erhebung von Verfassungsklagen“ zur Sprache. Auch eine „verfassungsrechtliche Neuausrichtung des Bundesrates“ sei denkbar.

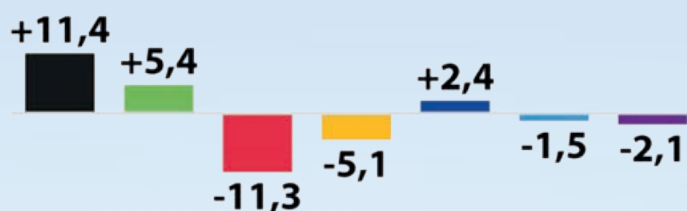
Hintergrund ist der von der Bundesregierung angestoßene „Föderalismusdialog“, der auf eine bessere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen abzielt. In diesem Prozess müssten nicht nur die Landesregierungen, sondern auch die Landesparlamente beteiligt werden. Denn gerade in der Corona-Pandemie hätten die öffentlichen Debatten in den Parlamenten „die Transparenz politischer Entscheidungen“ und damit die Legitimität staatlicher Maßnahmen sichergestellt, heißt es in der Erklärung.

Der Norden hat gewählt: Das Ergebnis der Landtagswahl vom 8. Mai 2022

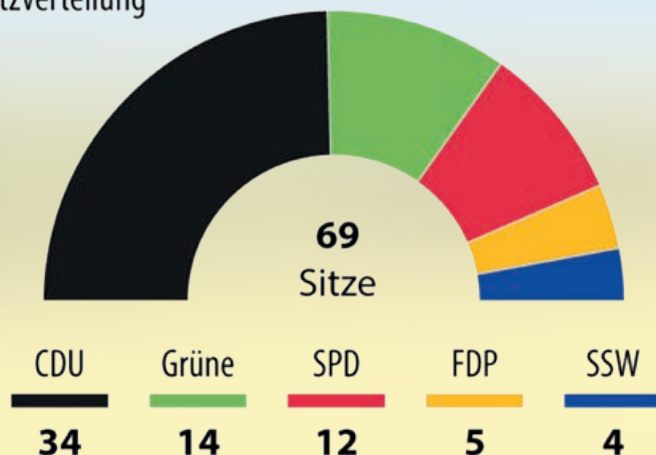
Stimmenanteile in %



Veränderungen gegenüber 2017 in Prozentpunkten



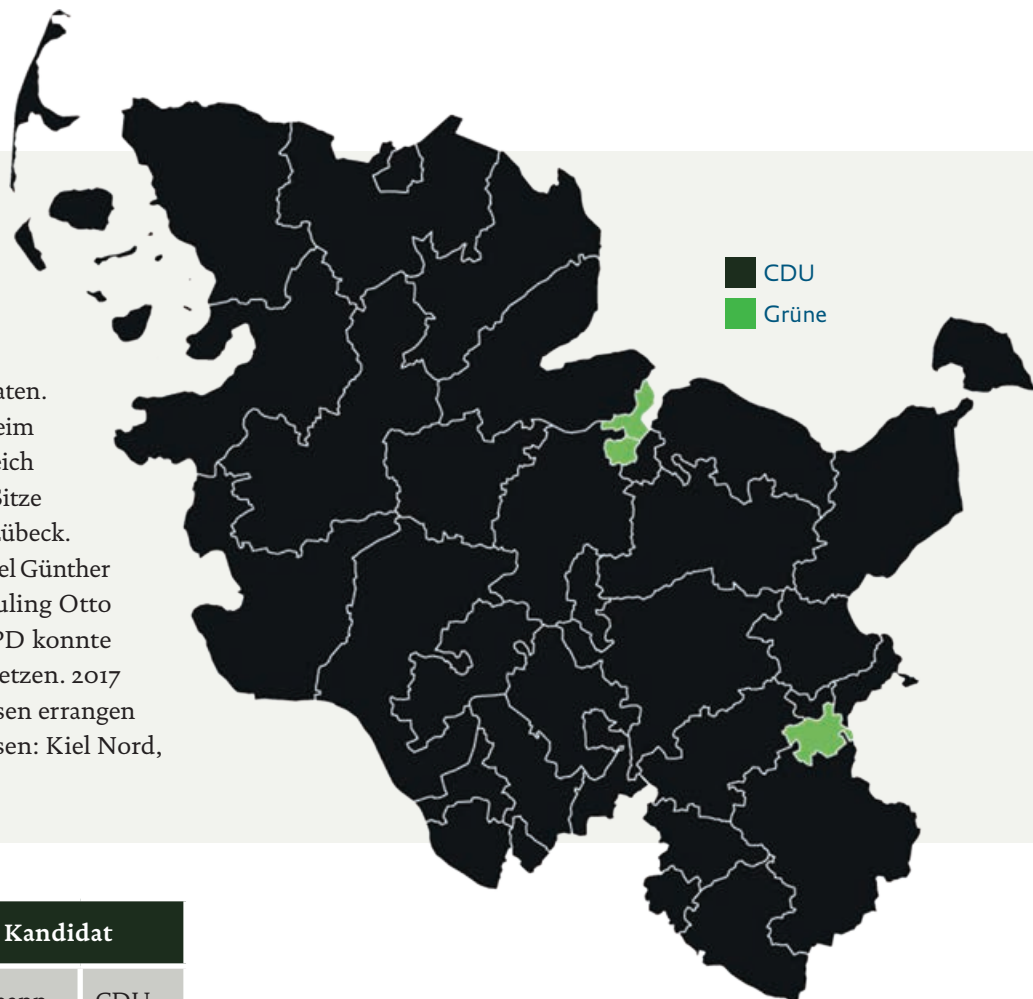
Sitzverteilung



Amtliches Endergebnis. Quelle: Landeswahlleiter / Statistikamt Nord

Die Wahlkreise: Viel Schwarz, ein bisschen Grün, kein Rot

Der CDU-Erfolg zeigt sich auch bei den Direktmandaten. 32 der 35 Wahlkreise gingen an Kandidaten der Union. Beim Urnengang 2017 waren es noch 25 gewesen. Im Vergleich zur damaligen Wahl eroberte die CDU einstige SPD-Sitze im Hamburger Rand, in Flensburg sowie in Kiel und Lübeck. Erfolgreichste Bewerber waren Ministerpräsident Daniel Günther in Eckernförde mit 58,4 Prozent und Parlamentsneuling Otto Carstens in Mittelholstein mit 51,2 Prozent. Die SPD konnte hingegen keinen einzigen Direktkandidaten durchsetzen. 2017 hatte sie noch zehn Wahlkreise gewonnen. Stattdessen errangen die Grünen erstmals die Mehrheit in drei Wahlkreisen: Kiel Nord, Kiel-West und Lübeck-Süd.



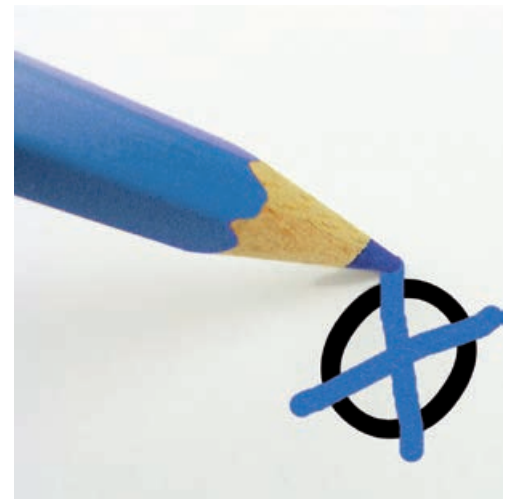
Wahlkreis		gewählter Kandidat	
1	Nordfriesland-Nord	Manfred Uekermann	CDU
2	Nordfriesland-Süd	Michel Deckmann	CDU
3	Flensburg	Uta Wentzel	CDU
4	Flensburg-Land	Thomas Jepsen	CDU
5	Schleswig	Johannes Callsen	CDU
6	Dithmarschen-Schleswig	Andreas Hein	CDU
7	Dithmarschen-Süd	Volker Nielsen	CDU
8	Eckernförde	Daniel Günther	CDU
9	Rendsburg-Ost	Hauke Götsch	CDU
10	Rendsburg	Rixa Kleinschmit	CDU
11	Neumünster	Hauke Hansen	CDU
12	Kiel-Nord	Lasse Petersdotter	Grüne
13	Kiel-West	Anna Langsch	Grüne
14	Kiel-Ost	Seyran Papo	CDU
15	Plön-Nord	Werner Kalinka	CDU
16	Plön-Ostholstein	Tim Brockmann	CDU
17	Ostholstein-Nord	Peer Knöfler	CDU
18	Ostholstein-Süd	Wiebke Zweig	CDU
19	Mittelholstein	Otto Carstens	CDU

Wahlkreis		gewählter Kandidat	
20	Steinburg-Ost	Heiner Rickers	CDU
21	Elmshorn	Birte Glißmann	CDU
22	Pinneberg-Nord	Peter Lehnert	CDU
23	Pinneberg-Elbmarschen	Martin Balasus	CDU
24	Pinneberg	Karin Prien	CDU
25	Segeberg-West	Ole-Christopher Plambeck	CDU
26	Segeberg-Ost	Sönke Siebke	CDU
27	Norderstedt	Patrick Pender	CDU
28	Stormarn-Nord	Claus Christian Claussen	CDU
29	Stormarn-Mitte	Tobias Koch	CDU
30	Stormarn-Süd	Lukas Kilian	CDU
31	Lübeck-Ost	Hermann Junghans	CDU
32	Lübeck-West	Dagmar Hildebrand	CDU
33	Lübeck-Süd	Jasper Balke	Grüne
34	Lauenburg-Nord	Rasmus Vöge	CDU
35	Lauenburg-Süd	Andrea Tschacher	CDU

„Juniorwahl“: Grüne vor SPD

Parallel zur Landtagswahl lud der Landesbeauftragte für politische Bildung zusammen mit dem Berliner Verein „Kumulus“ zur „Juniorwahl“. Rund 50.000 Schüler an 195 Schulen aus allen Wahlkreisen nahmen teil. Die Grünen erreichten mit 19,7 Prozent den ersten Platz, gefolgt von der SPD mit 18,8 Prozent. Die CDU landete bei 16,6 Prozent, dicht gefolgt von der FDP mit 16,3 Prozent. Den SSW wählten 6,3 Prozent der Schüler, die AfD kam auf 5,1 Prozent. 17,2 Prozent entschieden sich für eine der anderen Parteien.

Bei der Juniorwahl geht es um das Üben und Erleben von Demokratie. Zunächst stand das Thema „Demokratie und Wahlen“ auf dem Stundenplan – abschließend ging es dann an die Wahlurne. Das Projekt umfasst alle weiterführenden Schulformen ab Klassenstufe 7.



Auch am 8. Mai: Bürgermeisterwahlen

Neben der Landtagswahl ging es am 8. Mai in acht Städten und Gemeinden auch um den Leitungsposten im Rathaus. In Rellingen, Bad Schwartau, Malente, Eckernförde, Quickborn, Bad Oldesloe, Altenholz und Bargteheide stand der erste Durchgang der Bürgermeisterwahl an. Zwei Wochen später folgten Stichwahlen in einigen Gemeinden. Im September und Oktober dieses Jahres werden dann in Flensburg, Schönkirchen, Schönberg sowie auf Helgoland neue Verwaltungsoberhäupter gesucht.



Wahlbeteiligung gesunken

Sechs von zehn Wahlberechtigten nutzten am 8. Mai ihr Wahlrecht. Die Beteiligung lag bei 60,3 Prozent. Dieser Wert liegt nur knapp über dem historischen Tiefstwert im Lande aus dem Jahr 2012 (60,2 Prozent). Bei der Landtagswahl 2017 hatten noch 64,2 Prozent der Wahlberechtigten ihre Kreuzchen gemacht. Den größten Rückgang gegenüber 2017 gab es im Wahlkreis Lauenburg-Nord (minus 6,8 Prozent), den geringsten Einbruch im Wahlkreis Pinneberg-Nord (minus 1,8 Prozent). Innerhalb des Landes kam es zu großen Schwankungen bei der Wahlteilnahme mit einem Stadt-Land-Gefälle. Die höchsten Werte wurden in Rendsburg-Ost (70,4 Prozent) und Eckernförde (70,2 Prozent) verzeichnet, die niedrigsten in Kiel-Ost (48,9 Prozent) und Lübeck-West (47,2 Prozent).

Eine Woche nach der Schleswig-Holstein-Wahl gingen bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 55,5 Prozent der Wahlberechtigten an die Urne. Der niedrigste jemals bei einer Landtagswahl verzeichnete Wert stammt aus dem Jahr 2006 in Sachsen-Anhalt (44,4 Prozent).

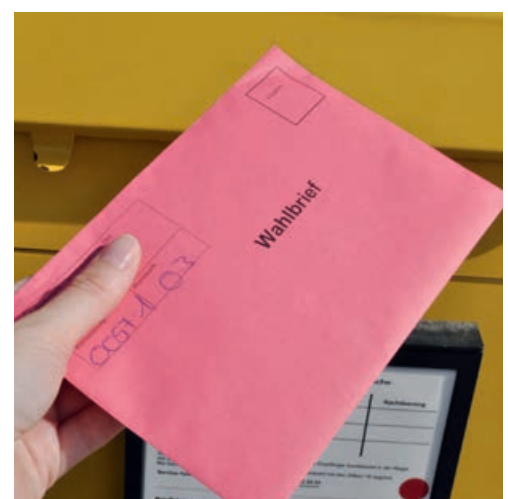


Fast ein Drittel Briefwähler

Der Anteil der Briefwähler hat am 8. Mai einen neuen Höchstwert erreicht. 439.603 Menschen gaben ihre Stimmen auf diesem Wege ab. Das entspricht einem Anteil von 31,5 Prozent. Beim Urnengang 2017 hatte die Quote noch bei 17,1 Prozent gelegen (255.152 Wähler).

Innerhalb des Landes gab es große Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gegenden. Die höchsten Zahlen meldeten die Wahlkreise Kiel-Nord und Kiel-West (jeweils 39,8 Prozent). Die niedrigsten Werte wurden in Flensburg-Land (26,1 Prozent) und Mittelholstein (26,7 Prozent) verzeichnet.

Die Zahl der Briefwähler wächst seit Jahrzehnten, und vermutlich hat die Covid-19-Pandemie den Trend weiter verstärkt. Bei Bundestagswahlen stieg der Anteil seit Einführung dieser Möglichkeit im Jahr 1957 bis 2021 von 4,9 auf 47,3 Prozent. Auch bundesweit gab es bei der Wahl im September 2021 starke regionale Unterschiede, etwa zwischen Bayern (62,4 Prozent Briefwahlanteil) und Rheinland-Pfalz (60,9 Prozent) sowie Schleswig-Holstein (33,1 Prozent) und Thüringen (32,4 Prozent). Ein europaweiter Spitzenwert wurde im Februar 2021 bei der Parlamentswahl in Liechtenstein erreicht: 97,3 Prozent.



Der Wahlabend im Landeshaus

Zwischen Jubel und Enttäuschung



Ernüchterung in der SPD-Fraktion: Spitzenkandidat Thomas Losse-Müller und die Landesvorsitzende Serpil Midyatli treten zu einer ersten Stellungnahme vor die Genossen ...



... während nebenan beim SSW Jubel ausbricht. Der Landesvorsitzende Christian Dirschauer (vorne li.) und Spitzenkandidat Lars Harms (re.) feiern mit friesischen und dänischen Fähnchen.



Der gelbe Balken steigt bei Weitem nicht so hoch wie bei der Wahl 2017. Der Landesvorsitzende und bisherige Sozialminister Heiner Garg bereitet sich auf Fragen zu den Verlusten seiner FDP vor ...



... während sich die Grünen über ihre satten Gewinne freuen. Die künftige Sozialministerin Aminata Touré ist umringt von Parteiprominenz und Medienvertretern.



Ein lächelnder Sieger beim NDR-Interview: Ministerpräsident Daniel Günther erlebt am Wahlabend eine Welle der Begeisterung angesichts des herausragenden Abschneidens seiner CDU ...



... während AfD-Spitzenkandidat Jörg Nobis mit schlechten Prognosen im Gepäck auf dem Weg ins ZDF-Studio ist.

8. Mai 2022: eine Wahl mit Rekorden

Die im Landtag vertretenen Parteien verzeichneten historische Höchst- und Tiefstwerte

CDU

43,4 Prozent → 11,4 Prozent mehr als 2017
34 Mandate → 9 Mandate mehr als 2017

Die Union holte ihr bestes Ergebnis bei einer schleswig-holsteinischen Landtagswahl seit 1983. Damals gewann sie 49,0 Prozent. Der Allzeitrekord stammt aus dem Jahr 1971 (51,9 Prozent). Der Erfolg vom 8. Mai war das bundesweit beste CDU-Ergebnis bei einer Landtagswahl seit dem Urnengang in Baden-Württemberg 2006. CDU-Direktkandidaten holten im Lande 32 von 35 Wahlkreisen, darunter auch in den klassischen SPD-Hochburgen Kiel und Lübeck. Im Wahlkreis Mittelholstein übersprang die CDU sogar die 50-Prozent-Marke bei den Zweitstimmen.

Grüne

18,3 Prozent → 5,4 Prozent mehr als 2017
14 Mandate → 4 Mandate mehr als 2017

Die Grünen egalisierten im Norden ihr Bundestagswahlergebnis vom Herbst 2021 und feierten den größten Erfolg aller Zeiten bei einer Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Es war zudem das vierte zweistellige Ergebnis in Folge seit 2009. Die Grünen gewannen zum ersten Mal Direktmandate – drei Wahlkreise in Kiel und Lübeck gingen an grüne Kandidaten. In den Wahlkreisen Kiel-West und Kiel-Nord erreichten sie mehr als 31 Prozent der Zweitstimmen. Landesweit zogen sie an der SPD vorbei und wurden zum ersten Mal zweitstärkste Kraft.

SPD

16,0 Prozent → 11,3 Prozent weniger als 2017
12 Mandate → 9 Mandate weniger als 2017

Die Sozialdemokraten erzielten ihr schlechtestes landesweites Ergebnis und blieben sogar weit unter den bisherigen Negativwerten bei der Landtagswahl 2009 (25,4 Prozent) und der Bundestagswahl 2017 (23,3 Prozent). Einen derartigen Einbruch in der Wählergunst hat es für sie seit 1950 nicht mehr gegeben. Damals verlor die SPD gegenüber dem vorherigen Urnengang 16,3 Prozentpunkte. Erstmals gewann die SPD kein einziges Direktmandat, und erstmals wurde sie nur drittstärkste Partei. Sogar einstige Hochburgen in Kiel und Lübeck gingen verloren. Lediglich zwölf Abgeordnete gehören der neuen SPD-Fraktion an, so wenige wie nie zuvor. 1988 waren es noch 46 gewesen.



Wahlabend im Landeshaus: Gedränge vor dem NDR-Studio im 1. Stock

FDP

6,4 Prozent → 5,1 Prozent weniger als 2017
5 Mandate → 4 Mandate weniger als 2017

Die Liberalen schnitten im Lande deutlich schlechter ab als im September 2021 bei der Bundestagswahl. Damals hatten sie noch 12,5 Prozent geholt. Auch von ihrem Bestwert bei einer Landtagswahl (14,9 Prozent im Jahr 2009) war die FDP weit entfernt. Einen ähnlichen Einbruch wie jetzt hatte es zuletzt 2012 gegeben – ein Minus von 6,7 Prozentpunkten. In einigen Regionen, etwa im Wahlkreis Schleswig, blieben die Freien Demokraten unter der Fünfprozentsschwelle. Immerhin: Die FDP gehört dem Landtag nun 30 Jahre ohne Unterbrechung an. In den 70er und 80er Jahren hatten die Liberalen drei Mal den Wiedereinzug ins Parlament verpasst.

SSW

5,7 Prozent → 2,4 Prozent mehr als 2017
4 Mandate → 1 Mandat mehr als 2017

Der Südschleswigsche Wählerverband errang das beste Landtagsergebnis seiner Geschichte. 1947 hatte die Vorgängerpartei SSV 9,3 Prozent geholt. Nach mehr als 70 Jahren übersprang der von der Sperrklausel befreite SSW erstmals wieder die fünf Prozent und hat damit im Landtag den vollen Fraktionsstatus. Vier Mandate hatte die Partei zuletzt 2009 gewonnen – damals allerdings mit weniger als fünf Prozent der Stimmen. Das SSW-Ergebnis weist ein starkes Nord-Süd-Gefälle auf. Es schwankt zwischen 16,0 Prozent (in Flensburg) und 2,2 Prozent (in Stormarn-Süd).

CDU-Fraktion

34 Abgeordnete



Martin Balasus
geb. 1986, aus Moorrege (Kreis Pinneberg), Lehrer
Direktmandat im Wahlkreis 23 (Pinneberg-Elbmarschen)
Neu im Landtag



Tim Brockmann
geb. 1977, aus Preetz, Diplom-Volkswirt
Direktmandat im Wahlkreis 16 (Plön-Ostholstein)
Im Landtag seit 2017



Claus Christian Claussen
geb. 1961, aus Bargtheide (Kreis Stormarn), Rechtsanwalt und Notar
Direktmandat im Wahlkreis 28 (Stormarn-Nord)
Im Landtag seit 2017



Michel Deckmann
geb. 1996, aus Husum, Betriebswirt
Direktmandat im Wahlkreis 2 (Nordfriesland-Süd)
Neu im Landtag



Birte Glißmann
geb. 1992, aus Seestermühle (Kreis Pinneberg), Staatsanwältin
Direktmandat im Wahlkreis 21 (Elmshorn)
Neu im Landtag



Hauke Göttsch
geb. 1965, aus Ehndorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde), Dipl.-Ingenieur Agrar
Direktmandat im Wahlkreis 9 (Rendsburg-Ost)
Im Landtag seit 2009



Daniel Günther
geb. 1973, aus Eckernförde, Politikwissenschaftler
Direktmandat im Wahlkreis 8 (Eckernförde)
Im Landtag seit 2009



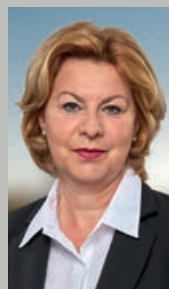
Hauke Hansen
geb. 1979, aus Padenstedt (Kreis Rendsburg-Eckernförde), Dipl.-Finanzwirt (FH)
Direktmandat im Wahlkreis 11 (Neumünster)
Neu im Landtag



Andreas Hein
geb. 1967, aus Heide, Kfz-Mechaniker-Meister
Direktmandat im Wahlkreis 6 (Dithmarschen-Schleswig)
Im Landtag seit 2017



Kristina Herbst
geb. 1977, aus Kiel, Diplom-Kauffrau
Mandat über Landesliste (Platz 6)
Neu im Landtag



Dagmar Hildebrand
geb. 1969, aus Lübeck, Kauffrau im Einzelhandel
Direktmandat im Wahlkreis 32 (Lübeck-West)
Neu im Landtag



Thomas Jepsen
geb. 1973, aus Dollrothfeld (Kreis Schleswig-Flensburg), Immobilienmakler
Direktmandat im Wahlkreis 4 (Flensburg-Land)
Neu im Landtag



Hermann Junghans
geb. 1965, aus Lübeck, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verkehrsrecht
Direktmandat im Wahlkreis 31 (Lübeck-Ost)
Neu im Landtag



Werner Kalinka
geb. 1952, aus Dobersdorf (Kreis Plön), Journalist
Direktmandat im Wahlkreis 15 (Plön-Nord)
Im Landtag von 1977 bis 1983, von 2000 bis 2012 und seit 2017



Lukas Kilian
geb. 1986, aus Glinde (Kreis Stormarn), Rechtsanwalt
Direktmandat im Wahlkreis 30 (Stormarn-Süd)
Im Landtag seit 2017



Rixa Kleinschmit
geb. 1981, aus Westerrönfeld (Kreis Rendsburg-Eckernförde), Dipl.-Ingenieurin Agrar
Direktmandat im Wahlkreis 10 (Rendsburg)
Neu im Landtag



Peer Knöfler
geb. 1968, aus Großenbrode (Kreis Ostholstein), Berufsschullehrer
Direktmandat im Wahlkreis 17 (Ostholstein-Nord)
Im Landtag seit 2017



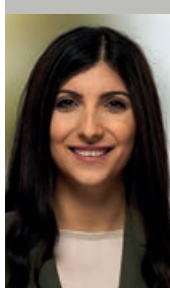
Tobias Koch
geb. 1973, aus Ahrensburg, Bankkaufmann
Direktmandat im Wahlkreis 29 (Stormarn-Mitte)
Im Landtag seit 2005



Peter Lehnert
geb. 1962, aus Bilsen (Kreis Pinneberg), Bankkaufmann
Direktmandat im Wahlkreis 22 (Pinneberg-Nord)
Im Landtag seit 1992



Volker Nielsen
geb. 1964, aus St. Michaelisdonn (Kreis Dithmarschen), Dipl.-Verwaltungswirt
Direktmandat im Wahlkreis 7 (Dithmarschen-Süd)
Im Landtag von 2004 bis 2005 und seit 2017



Seyran Papo
geb. 1988, aus Kiel, beeidigte Dolmetscherin und Übersetzerin, Freiberuflerin
Direktmandat im Wahlkreis 14 (Kiel-Ost)
Neu im Landtag



Patrick Pender
geb. 1996, aus Norderstedt, Betriebswirt B.Sc.
Direktmandat im Wahlkreis 27 (Norderstedt)
Neu im Landtag



Ole-Christopher Plambeck
geb. 1986, aus Henstedt-Ulzburg, Steuerberater
Direktmandat im Wahlkreis 25 (Segeberg-West)
Im Landtag seit 2017



Karin Prien
geb. 1965, aus Neumünster, Rechtsanwältin
Direktmandat im Wahlkreis 24 (Pinneberg)
Neu im Landtag

 <p>Katja Rathje-Hoffmann geb. 1963, aus Nahe (Kreis Segeberg), Technikerin Landesliste (Platz 22), nachgerückt für Johannes Callsen Im Landtag seit 2009</p>	 <p>Heiner Rickers geb. 1966, aus Oeschebüttel (Kreis Steinburg), Diplom-Agrar-Ingenieur Direktmandat im Wahlkreis 20 (Steinburg-Ost) Im Landtag seit 2009</p>	 <p>Anette Röttger geb. 1964, aus Lübeck, Diplom-Ernährungswissenschaftlerin Landesliste (Platz 8), nachgerückt für Tobias von der Heide Im Landtag seit 2017</p>	 <p>Cornelia Schmachtenberg geb. 1991, Agrarwissenschaftlerin Landesliste (Platz 24), nachgerückt für Otto Carstens Neu im Landtag</p>
 <p>Sönke Siebke geb. 1964, aus Schmalensee (Kreis Segeberg), Landwirt Direktmandat im Wahlkreis 26 (Segeberg-Ost) Neu im Landtag</p>	 <p>Andrea Tschacher geb. 1972, aus Aumühle (Kreis Herzogtum Lauenburg), Verwaltungsoberinspektorin Direktmandat im Wahlkreis 35 (Lauenburg-Süd) Im Landtag seit 2017</p>	 <p>Manfred Uekermann geb. 1960, von der Insel Sylt, Berufssoldat a.D. Direktmandat im Wahlkreis 1 (Nordfriesland-Nord) Neu im Landtag</p>	 <p>Rasmus Vöge geb. 1979, aus Mölln, Schifffahrtskaufmann, leitender Angestellter Direktmandat im Wahlkreis 34 (Lauenburg-Nord) Neu im Landtag</p>
 <p>Uta Wentzel geb. 1979, aus Glücksburg, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Direktmandat im Wahlkreis 3 (Flensburg) Neu im Landtag</p>	 <p>Wiebke Zweig geb. 1982, aus Bad Schwartau, Online-Marketing-Managerin Direktmandat im Wahlkreis 18 (Ostholstein-Süd) Neu im Landtag</p>		

SSW-Fraktion

4 Abgeordnete

 <p>Christian Dirschauer geb. 1981, aus Flensburg, Diplom-Verwaltungswirt Mandat über Landesliste (Platz 3) Im Landtag seit 2020</p>	 <p>Lars Harms geb. 1964, aus Husum, Diplom-Betriebswirt Mandat über Landesliste (Platz 1) Im Landtag seit 2000</p>
 <p>Sybilla Nitsch geb. 1980, aus Husum, Lehrerin Mandat über Landesliste (Platz 4) Neu im Landtag</p>	 <p>Jette Waldinger-Thiering geb. 1964, aus Eckernförde, Lehrerin Mandat über Landesliste (Platz 2) Im Landtag seit 2012</p>

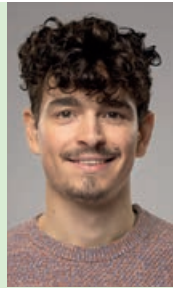


Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

14 Abgeordnete



Silke Backsen
geb. 1969, von der Insel Pellworm, Diplom-Biologin
Mandat über Landesliste (Platz 5)
Neu im Landtag



Jasper Balke
geb. 1997, aus Lübeck, Student der Humanmedizin
Direktmandat im Wahlkreis 33 (Lübeck-Süd)
Neu im Landtag



Oliver Brandt
geb. 1967, aus Lütau (Kreis Herzogtum Lauenburg), Journalist und Pressesprecher
Landesliste (Platz 16), nachgerückt für Aminata Touré
Neu im Landtag



Bettina Braun
geb. 1969, aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg, Diplom-Ingenieurin
Landesliste (Platz 17), nachgerückt für Joschka Knuth
Neu im Landtag



Eka von Kalben
geb. 1964, aus Borstel-Hohenraden (Kreis Pinneberg), Diplom-Verwaltungswirtin
Mandat über Landesliste (Platz 3)
Im Landtag seit 2012



Dirk Kock-Rohwer
geb. 1960, aus Bönebüttel (Kreis Plön), Demeter-Landwirt
Mandat über Landesliste (Platz 10)
Neu im Landtag



Malte-Jannik Krüger
geb. 1993, aus Wewelsfleth (Kreis Steinburg), Lehrkraft/Student
Mandat über Landesliste (Platz 14)
Neu im Landtag



Jan Kürschner
geb. 1974, aus Kiel, Rechtsanwalt
Mandat über Landesliste (Platz 12)
Neu im Landtag



Anna Langsch
geb. 1982, aus Kiel, Koordination/operative Leitung
Direktmandat im Wahlkreis 13 (Kiel-West)
Neu im Landtag



Catharina Nies
geb. 1985, aus Stockeldorf, Referentin beim Landeszuwanderungsbeauftragten
Mandat über Landesliste (Platz 9)
Neu im Landtag



Lasse Petersdotter
geb. 1990, aus Kiel, Politik- und Islamwissenschaftler
Direktmandat im Wahlkreis 12 (Kiel-Nord)
Im Landtag seit 2017



Uta Röpcke
geb. 1965, aus Wyk auf Föhr, Kulturwissenschaftlerin
Mandat über Landesliste (Platz 11)
Neu im Landtag



Ulrike Täck
geb. 1968, aus Boosstedt, Professorin für Werkstoffkunde und Fertigungstechnik
Landesliste (Platz 15), nachgerückt für Monika Heinold
Neu im Landtag



Nelly Waldeck
geb. 1997, aus Kiel, Studentin Soziale Arbeit
Mandat über Landesliste (Platz 7)
Neu im Landtag



SPD-Fraktion

12 Abgeordnete



Kai Dolgner
geb. 1969, aus Oster-
rönfeld (Kreis Rends-
burg-Eckernförde),
Diplom-Chemiker
Mandat über
Landesliste (Platz 5)
Im Landtag seit 2009



Niclas Dürbrook
geb. 1990, aus Malente,
Politikwissenschaftler
Mandat über
Landesliste (Platz 9)
Neu im Landtag



Martin Habersaat
geb. 1977, aus Reinbek
(Kreis Stormarn),
Studienrat
Mandat über
Landesliste (Platz 3)
Im Landtag seit 2009



Birgit Herdejürgen
geb. 1965, aus Itzehoe,
Diplom-Sozialöko-
nomin
Mandat über
Landesliste (Platz 10)
Im Landtag seit 2000



Thomas Hölck
geb. 1962, aus Hasel-
dorf (Kreis Pinneberg),
Bauingenieur
Mandat über
Landesliste (Platz 11)
Im Landtag von
2005 bis 2009 sowie
seit 2014



**Thomas
Losse-Müller**
geb. 1973, aus Ahle-
feld-Bistensee (Kreis
Rendsburg-Eckern-
förde), Volkswirt
Mandat über
Landesliste (Platz 1)
Neu im Landtag



Serpil Midyatli
geb. 1975, aus Gettorf
(Kreis Rendsburg-
Eckernförde),
Gastronomin
Mandat über
Landesliste (Platz 2)
Im Landtag seit 2009



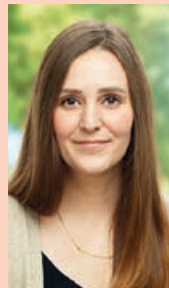
Birte Pauls
geb. 1965, aus
Schleswig,
Krankenschwester
Mandat über
Landesliste (Platz 12)
Im Landtag seit 2009



Beate Raudies
geb. 1966, aus
Elmshorn, Beamtin
Mandat über
Landesliste (Platz 8)
Im Landtag seit 2012



Sandra Redmann
geb. 1965, aus Bad
Schwartau, Buch-
händlerin
Mandat über
Landesliste (Platz 6)
Im Landtag seit 2000



Sophia Schiebe
geb. 1989, aus Lübeck,
Pädagogin
Mandat über
Landesliste (Platz 4)
Neu im Landtag



Marc Timmer
geb. 1972, aus
Husum, Jurist in
der IT-Wirtschaft
Mandat über
Landesliste (Platz 7)
Neu im Landtag

FDP-Fraktion

5 Abgeordnete



Bernd Buchholz
geb. 1961, aus
Ahrensburg, Jurist
Mandat über
Landesliste (Platz 1)
Im Landtag von 1992
bis 1996 und seit 2022



Heiner Garg
geb. 1966, aus Kiel,
Diplom-Volkswirt
Mandat über
Landesliste (Platz 2)
Im Landtag von 2000
bis 2017 und seit 2022



Annabell Krämer
geb. 1971, aus
Quickborn,
Diplom-Kauffrau
Mandat über
Landesliste (Platz 3)
Im Landtag seit 2017



Oliver Kumbartzky
geb. 1981, aus
Brunsbüttel,
Diplom-Kaufmann
Mandat über
Landesliste (Platz 5)
Im Landtag seit 2009



Christopher Vogt
geb. 1984, aus Nusse
(Kreis Herzogtum
Lauenburg),
Wirtschaftsingenieur
Mandat über
Landesliste (Platz 4)
Im Landtag seit 2009

Viele Junge und viel Erfahrung

Ein Blick in den neu gewählten Landtag

Der Jüngste: Jüngstes Mitglied des neuen Landtages ist der Grünen-Abgeordnete Jasper Balke aus Lübeck. Er ist am 29. Oktober 1997 geboren und war damit 24 Jahre und acht Monate alt, als er ins Parlament einzog. Das jüngste Landtagsmitglied aller Zeiten war der Pirat Sven Krumbeck, dem 2012 mit 22 Jahren und sieben Monaten der Sprung in den Landtag gelang.

Der Älteste: Ältester Abgeordneter der laufenden Wahlperiode ist Werner Kalinka. Der CDU-Politiker aus Fiefbergen im Kreis Plön feierte am 17. Februar dieses Jahres seinen 70. Geburtstag. Bei seinem ersten Einzug in den Landtag im Jahr 1977 war Kalinka der damals jüngste MdL seit Kriegsende. Mit 25 Jahren und drei Monaten unterbot er den jahrzehntealten Rekord von Gerhard Stoltenberg. Kalinka gehört dem Parlament mit Unterbrechungen seit 45 Jahren an – auch das ist Rekord.

Erfahrung: Die meisten Landtagsjahre hat der CDU-Abgeordnete Peter Lehnert aus Bilsen im Kreis Pinneberg vorzuweisen. Er gehört dem Parlament durchgehend seit 1992 an. Damit hat er auch das Amt des Alterspräsidenten inne (siehe Seite 22). Im Oktober 2022 wird er dem Landtag 30 Jahre und fünf Monate angehören und damit den Langzeitrekord



Der Älteste und der Jüngste: Werner Kalinka (CDU, 70 Jahre) und Jasper Balke (Grüne, 24 Jahre). Balke ist 1997 geboren – 20 Jahre zuvor zog Kalinka zum ersten Mal in den Landtag ein. Die Grünen, Balkes Partei, gab es 1977 noch gar nicht.

des ehemaligen SPD-Abgeordneten Günter Neugebauer (MdL von 1979 bis 2009) brechen. Über jahrzehntelange Erfahrung verfügen auch Werner Kalinka (CDU, 23 Jahre) sowie Lars Harms (SSW), Sandra Redmann (SPD) und Birgit Herdejürgen (SPD, je 22 Jahre).

Durchschnittsalter: Im statistischen Durchschnitt ist ein Mitglied des neuen Landtages im März 1974 geboren und war damit zum

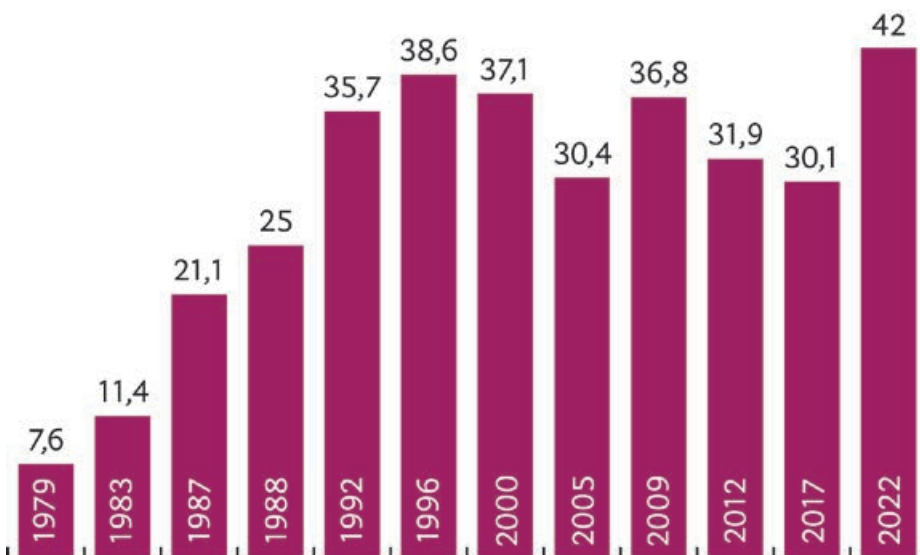
Beginn der Wahlperiode 48 1/3 Jahre alt. Das bedeutet eine deutliche Verjüngung: Zum Beginn der vorherigen Wahlperiode lag das Durchschnittsalter noch bei 51 Jahren. Allein sechs Abgeordnete sind unter 30 – drei bei den Grünen, drei bei der CDU.

Berufe: 18 Landtagsabgeordnete üben einen kaufmännischen Beruf aus beziehungsweise sind Volks- oder Betriebswirte. 14 kommen aus dem Öffentlichen Dienst, darunter sind sieben Lehrer. Sieben Parlamentarier haben einen juristischen Beruf, fünf sind Landwirte und drei studieren an der Universität.

Neulinge: 35 der 69 Abgeordneten des neu gewählten Landtages sitzen zum ersten Mal im Parlament. Das sind 50,7 Prozent. Dies bedeutet eine deutliche Steigerung gegenüber den vorherigen Wahlperioden. 2017 lag der Wert bei 32,9 Prozent, 2012 bei 23,2 Prozent. 2009 waren 50,5 Prozent der Abgeordneten Parlamentsnovizen. Bei der CDU (18 von 34) und bei den Grünen (zwölf von 14) sind mehr als die Hälfte der Fraktionsmitglieder zum ersten Mal dabei.

Familiengeschichte: Der Vater des CDU-Abgeordneten und Ex-Justizministers Claus Christian Claussen hatte ebenfalls diese beiden Posten inne. Karl Eduard Claussen saß von 1967 bis 1996 für die Union im Landtag und war von 1979 bis 1982 Justizminister. Zudem war er Innen- und Sozialminister.

Frauenanteil: neuer Rekord



Der prozentuale Frauenanteil seit der Landtagswahl 1979: Nach dem Urnengang vom 8. Mai dieses Jahres liegt er bei 42 Prozent. Das ist der höchste Wert in der Geschichte des Landtages. Die Grünen haben mit 57,1 Prozent den höchsten Anteil weiblicher Mitglieder (acht von 14), die FDP mit 20 Prozent den niedrigsten (eine von fünf). SPD und SSW sind ausgeglichen besetzt, bei der CDU liegt der Anteil bei 36,3 Prozent (zwölf von 34).

Kontrollgremium: Der Landtag hat Ende Juni die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Verfassungsschutzes gewählt. Dies sind Tobias Koch (CDU), Lasse Petersdotter (Grüne), Kai Dolgner (SPD), Bernd Buchholz (FDP), und Lars Harms (SSW).

G 10-Kommission: Ebenso einstimmig wurde die CDU-Abgeordnete Birte Glißmann zur Vorsitzenden der G 10-Kommission gewählt. Als Beisitzer bestimmte das Plenum Ende Juni Jan Kürschner (Grüne) und Kai Dolgner (SPD). Die Kommission, benannt nach Artikel 10 des Grundgesetzes, kontrolliert Eingriffe des Verfassungsschutzes in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis.

Richterwahlausschuss: Der Landtag hat Ende Juni einstimmig seine Mitglieder des Richterwahlausschusses benannt: Rixa Kleinschmit, Birte Glißmann, Claus Christian Claussen, Seyran Papo (alle CDU), Eka von Kalben, Jan Kürschner (Grüne), Marc Timmer (SPD), Bernd Buchholz (FDP). Vier weitere Abgeordnete gehören dem Gremium an, wenn es um die Arbeits- oder die Sozialgerichtsbarkeit geht: Katja Rathje-Hoffmann, Werner Kalinka (CDU), Sophia Schiebe (SPD), Lars Harms (SSW).

Runde Geburtstage

Brita Schmitz-Hübsch aus Flensburg, von 1992 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 24. Juni ihren 80. Geburtstag gefeiert.

Joachim Roggenbock aus Itzehoe, von 1977 bis 1987 für die SPD im Landtag, hat am 18. April seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Ursula Sassen aus Sankt Peter-Ording, von 2000 bis 2012 für die CDU im Landtag, hat am 16. Juni ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Ingrid Franzen aus Flensburg, von 1992 bis 2009 für die SPD im Landtag, Landtagsvizepräsidentin von 2005 bis 2009, Land-

wirtschaftsministerin von 2000 bis 2003, hat am 25. Juni ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Heinz Maurus aus Tinum auf Sylt, von 1996 bis 2005 für die CDU im Landtag, Chef der Staatskanzlei von 2005 bis 2012, hat am 3. April seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Frank Millack aus Ostenfeld (Kreis Nordfriesland), von 1987 bis 1996 für die CDU im Landtag, hat am 17. Mai seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Karenzeiten: Einstimmig hat der Landtag Ende Juni der Einrichtung des Gremiums nach Paragraph 8a des Landesministergesetzes zugestimmt. Dessen Aufgabe ist es, gegenüber der Landesregierung eine Empfehlung auszusprechen, ob und wie lange ein Minister eine Karenzzeit einhalten muss, wenn er aus dem Amt scheidet und einen Posten in der Wirtschaft annehmen will. Mitglieder sind Tobias Koch (CDU), Jan Kürschner (Grüne), Thomas Losse-Müller (SPD), Christopher Vogt (FDP) und Lars Harms (SSW).

Heiner Garg, FDP-Abgeordneter aus Kiel und ehemaliger Sozialminister, will den Landesvorsitz seiner Partei im November aufgeben. Er werde diesen Posten nach elf Jahren, niederlegen, es sei „Zeit für Erneuerung“, schrieb Garg Mitte Juni beim Kurznachrichtendienst Twitter.

Klaus Jensen, von 2012 bis Juni dieses Jahres für die CDU im Landtag, ist Ende April in den Plattdeutschen Rat gewählt worden. Der Christdemokrat von der Insel Pellworm ist eines von sieben Mitgliedern des Gremiums.

Trauer um Eckart Kuhlwein und Jürgen Busack

Ende April hat der Landtag des ehemaligen SPD-Abgeordneten Eckart Kuhlwein gedacht, der am 19. April im Alter von 84 Jahren verstorben ist. Kuhlwein gehörte dem Landtag von 1971 bis 1976 an



und war anschließend bis 1998 Mitglied des Bundestages. Zwischenzeitlich war der Sozialdemokrat, der seine Heimat in Ammersbek (Kreis Stormarn) hatte, auch Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbildungsministerium. Eckart Kuhlwein sei ein „ausgesprochen tatkräftiger und scharfsinniger Politiker“ gewesen, „der unbeirrbar seinem klaren Werte- und Überzeugungskanon folgte“, so Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber.

Am 28. Mai ist der ehemalige Abgeordnete Jürgen Busack gestorben. Er wurde 86 Jahre alt. Der Landtag gedachte des Sozialdemokraten Ende Juni mit einer Schweigeminute. Der Grund- und Hauptschullehrer aus Lübeck gehörte dem Landtag von 1967 bis 1983 an. Er war zudem lange Jahre kommunalpolitisch aktiv und engagierte sich in den Gremien der Landes-SPD. „Die Förderung junger Menschen und die Teilhabe aller an Kultur und Bildung“ seien ein Kernanliegen

des „offenen und vielseitig interessierten“ Jürgen Busack gewesen, so Landtagspräsidentin Kristina Herbst. Auch der Einsatz für die Völkerverständigung sei ein wesentliches Anliegen seines politischen Wirkens gewesen.



Weitere 15 Abschiede

15 Abgeordnete aus der vergangenen Wahlperiode waren am 8. Mai angetreten, haben aber den Wiedereinzug in den Landtag verpasst. Zuvor hatten bereits 22 Parlamentarier sich nicht erneut um ein Mandat beworben (siehe Landtagszeitschrift 01/22). Damit sind insgesamt 37 Abgeordnete aus dem Landtag ausgeschieden – mehr als die Hälfte des Parlaments.



Katrin Fedrowitz, SPD, im Landtag von 2016 bis 2017 und von 2021 bis 2022



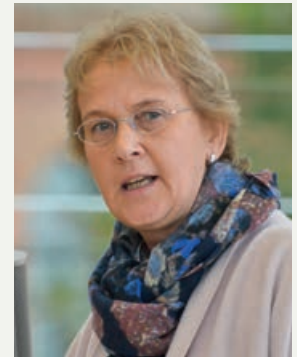
Jörg Hansen, FDP, im Landtag von 2017 bis 2022



Stephan Holowaty, FDP, im Landtag von 2017 bis 2022



Anita Klahn, FDP, im Landtag von 2009 bis 2022, Landtagsvizepräsidentin von 2009 bis 2012



Kerstin Metzner, SPD, im Landtag von 2017 bis 2022



Jörg Nobis, AfD, im Landtag von 2017 bis 2022



Dennys Bornhöft, FDP, im Landtag von 2017 bis 2022



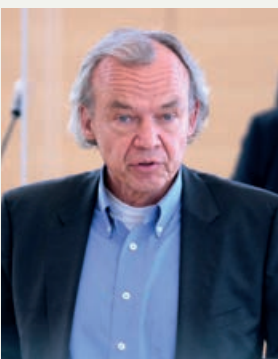
Kay Richert, FDP, im Landtag von 2017 bis 2022



Kirsten Eickhoff-Weber, SPD, im Landtag von 2012 bis 2022, Landtagsvizepräsidentin von 2017 bis 2022



Claus Schaffer, AfD, im Landtag von 2017 bis 2022



Volker Schnurrbusch, AfD, im Landtag von 2017 bis 2022



Andreas Tietze, Grüne, im Landtag von 2009 bis 2022



Özlem Ünsal, SPD, im Landtag von 2017 bis 2022



Kai Vogel, SPD, im Landtag von 2012 bis 2022



Stefan Weber, SPD, im Landtag von 2017 bis 2022

Bilanz der Krisenzeit: Parlamentarischer Streit ist wichtig

In „bewegten, schwierigen und teils dramatischen Zeiten“ hätten sich der Landtag und die parlamentarische Demokratie bewährt. Dieses Fazit zog Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber am Ende der letzten Sitzung in der 19. Wahlperiode Ende April.

Die Abgeordneten seien den globalen Krisen mit „Solidarität und gemeinsamen Werten“ begegnet, betonte Eickhoff-Weber mit Blick auf die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg. Die Stärke der Demokratie sei, dass um die richtigen Antworten auch gestritten werden müsse, unterstrich die Vizepräsidentin. Den richtigen Weg zu finden, sei oft schwer. Aber: „Wir haben hier im Landtag – trotz unterschiedlicher Auffassungen in einzelnen Fragen – mehrheitlich solidarische und

verantwortungsvolle Entscheidungen getroffen, deren Hauptaugenmerk dem Schutz der Menschen galt.“ Eickhoff-Weber würdigte den wegen einer Krebserkrankung nicht anwesenden Landtagspräsidenten Klaus Schlie, der nicht mehr kandidierte. Schlie habe das Parlament und das Miteinander der Abgeordneten geprägt: „Wir haben ihn als engagierten, in der Sache konsequenten und auch durchsetzungsfähigen Kollegen erlebt.“ Mit ihm gehe ein stets verlässlicher Ansprechpartner und engagierter Vertreter der parlamentarischen Demokratie.

Die Vizepräsidentin dankte den ausscheidenden Abgeordneten „für das kollegiale Miteinander, den konstruktiven Austausch und die mitunter lebhaften Debatten“ ebenso wie „für Ihren Einsatz für die Menschen und die Demokratie in Schleswig-Holstein“.

„Vielen Dank und Tschüss!“

Zahlreiche ausscheidende Abgeordnete haben die letzten Sitzungstage vor der Wahl zu teils sehr persönlichen Abschiedsworten genutzt. Eine Auswahl:

„Paasi jam gud üüb jam üüb! Es war mir eine große Freude. Euch allen alles Gute – danke und Tschüss!“

(Marret Bohn, Grüne, am 28. April)

„Ich wünsche euch, dass ihr auch weiterhin einen Kaffee zusammen trinken könnt, auch wenn ihr euch vorher hier im Parlament heftig gefetzt habt. Ich bin dankbar, ein bisschen dabei gewesen zu sein. Ich wünsche euch alles Gute!“

(Ines Strehlau, Grüne, am 27. April)

„Ich scheid persönlich voller Dankbarkeit hier aus, voller Demut vor dem, was ich hier erlebt habe, welche Menschen ich hier und wie ich das Land kennengelernt habe, welche Themen ich hier habe bearbeiten können. Einen herzlichen Dank sage ich euch allen. Seid stolz, dass ihr hier einen Sitz im Parlament habt. Es gibt keine schönere Aufgabe.“

(Hans-Jörn Arp, CDU, am 27. April)

„Es war mir eine Ehre. Ich verneige mich tief. Ich nehme viel mit. Ich mache jetzt Platz für Jüngere. Ich habe gesagt: Ich möchte kein Fossil werden. Ich glaube, das kann sich der eine oder andere hinter die Ohren schreiben. Ich werde mich weiter für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen einsetzen, für Gerechtigkeit, für sozialen Ausgleich, Frieden, Demokratie und gegen die Feinde unserer Demokratie.“

(Tobias von Pein, SPD, am 28. April)

„Ich freue mich auf den wohlverdienten Ruhestand. Ich bin aus persönlicher Erfahrung sehr froh darüber, dass ich mein Altersruhegeld auch noch genießen kann. Herzlichen Dank an alle, dass Sie mich ertragen haben. Ich bedanke mich für das, was ich hier habe lernen dürfen. Tschüss!“

(Hartmut Hamerich, CDU, am 28. April)



Nach der letzten Rede: Hartmut Hamerich (CDU) kehrt an seinen Platz zurück, Bernd Heinemann (SPD) applaudiert.

„In einem Parlament wie diesem kennt man einander gut und ist füreinander da. Eure Solidarität habe ich selbst dankbar erfahren dürfen. Dort, wo Freundschaften entstanden sind, trägt die Freundschaft hoffentlich über unsere demnächst getrennten Welten hinweg. Euch allen alles Gute und vielen Dank.“

(Regina Poersch, SPD, am 28. April)

„Ich möchte mich persönlich für einen der besten Lebensabschnitte meines Lebens bedanken, den ich hier verbringen durfte. Jetzt zieht es mich zurück ins Zivilleben, aber ich werde weiterhin ein Auge auf meine Kolleginnen und Kollegen und Freunde hier im Landtag haben und schauen, was die Zeit bringt. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg, mögen Sie Ihre Zeit hier genauso in Erinnerung haben wie ich.“

(Jan Marcus Rossa, FDP, am 28. April)

Kurz vor der Wahl:

Neuerungen für Flüchtlinge, LNG, Kommunen

In seiner letzten Sitzung in der alten Wahlperiode hat der Landtag Ende April eine Reihe von weitreichenden Entscheidungen getroffen.

Unterstützung für Ukrainer

Mit einem umfangreichen Hilfspaket sollen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine unterstützt werden. Für die Aufnahme und Betreuung werden bis zu 400 Millionen Euro bereitgestellt, finanziert über einen Notkredit. Das beschloss der Landtag einstimmig. Dem von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW eingebrachten Papier stimmte auch die AfD zu. Es war eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich. Im Gegenzug wird der Corona-Notkredit des Landes abgesenkt. Dort waren 1,425 Milliarden Euro zur Kompensation von Steuerausfällen vorgesehen, die nach Angaben des Finanzministeriums aber nicht in voller Höhe benötigt werden.

Vorrangig sollen jedoch Bundesmittel genutzt werden. Berlin habe dem Land bereits 68 Millionen Euro zugesichert, betonte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne). Es wird mit bis zu 35.000 Vertriebenen in Schleswig-Holstein gerechnet. Konkret sollen die Kommunen eine Aufnahmepauschale von 500 Euro pro Flüchtling erhalten. Insgesamt 7,5 Millionen Euro sollen in die Herrichtung von Wohnraum fließen, und die Betreuung von Kindern soll mit 15 Millionen Euro unterstützt werden. Weitere Punkte sind Sprachkurse, die Integration in den Arbeitsmarkt und die Anerkennung von Berufsabschlüssen.

Ja zum LNG-Terminal

Mit breiter Mehrheit hat das Parlament den Weg für einen schnelleren Bau eines LNG-Terminals für flüssiges Erdgas in Brunsbüttel freigemacht. Das Landeswassergesetz wurde entsprechend geändert. Demnach soll mit dem Bau des Hafens auch dann begonnen werden können, wenn ein Gericht noch über Anfechtungsklagen entscheiden müsste. Nur der SSW stimmte gegen den Jamaika-Entwurf, weil er ein LNG-Terminal grundsätzlich ablehnt. Das LNG-Terminal soll vor dem Hintergrund des russischen Kriegs gegen die Ukraine dazu beitragen, die Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland herunterzufahren. Das Terminal wird voraussichtlich Gas aus Katar und den



Der Hafen von Brunsbüttel: Künftiger Standort für ein LNG-Terminal (Liquified Natural Gas)

USA umschlagen. Mit der Neuerung sei eine Inbetriebnahme im Frühjahr 2024 möglich, andernfalls frühestens 2027/28, erklärte Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP).

Flexiblere Ausbaubeiträge

Gemeinden erhalten mehr Entscheidungsspielraum bei der Frage, wie stark sie Anwohner finanziell am Ausbau von Straßen beteiligen. Das sieht eine vom Innenministerium vorgelegte Änderung des Kommunalabgabengesetzes vor, die der Landtag mit den Stimmen von Jamaika, SSW und AfD beschlossen hat. Jetzt kann eine Kommune flexibel bestimmen, wieviel eigenes Geld sie in den Ausbau einer Straße steckt. An diesem Wert orientiert sich dann der Restbetrag, der auf die Grundstückseigentümer umgelegt wird. Die SPD stimmte dagegen und legte einen eigenen Vorschlag vor, der eine komplette Abschaffung der Straßenausbaubeiträge forderte. Dieser Entwurf wurde mehrheitlich abgelehnt.

Kitas: größere Gruppen

Die Gruppengröße in Kindertagesstätten kann in der kommenden Zeit um bis zu drei Kinder erhöht werden. Diese von Jamaika vorgeschlagene Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes beschloss der Landtag mit den Stimmen von CDU, Grünen, FDP, SSW

und AfD. Die SPD enthielt sich. Hintergrund ist der Zuzug von Flüchtlingsfamilien aus der Ukraine. Die Regelung gilt bis Ende Juli 2023. Voraussetzung für die Aufstockung der Kita-Gruppe ist, „dass für mindestens die Hälfte der wöchentlichen Öffnungszeit der Gruppe eine zusätzliche Betreuungskraft beschäftigt wird“. Der Fördersatz steigt entsprechend um 37 Euro je Öffnungsstunde.

Neue Pflege-Studienplätze

Um den Mangel an qualifizierten Fachkräften in der Pflege entgegenzuwirken, werden zwei weitere Studiengänge geschaffen. Der Landtag stellte dafür in diesem Jahr 500.000 Euro und in der Finanzplanung ab 2023 dauerhaft insgesamt 1,5 Millionen Euro pro Jahr bereit. Die Fachhochschule Kiel plant im Rahmen eines neuen Fachbereichs Gesundheit einen dualen Bachelorstudiengang, und zwar erstmals in Neumünster. Er soll ausbildungsbegleitend sein. Die ersten 60 Studenten sollen im Sommersemester 2023 beginnen. An der Hochschule Flensburg ist ein primärqualifizierender Studiengang mit 40 Plätzen geplant. Ein inhaltlicher Schwerpunkt soll das Thema Digitalisierung im Gesundheitswesen sein. Die Hochschule strebt einen Studienstart zum Wintersemester 2023/24 an.

Petitionsausschuss war „Seismograph“ für die Stimmung im Lande

Rund 2.700 Mal haben sich die Schleswig-Holsteiner im Laufe der vergangenen Wahlperiode an den Petitionsausschuss gewandt. Der Ausschuss sei damit ein „Seismograph, der die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger abbilden kann“. Darauf hat der damalige Vorsitzende des Ausschusses, der CDU-Abgeordnete Hauke Göttisch, in der April-Sitzung verwiesen: „Politik ist im Petitionsausschuss nicht abstrakt, sondern wird konkret.“ Der Landtag habe sich in jüngster Zeit oft mit „der sogenannten großen Politik“ befasst, so Göttisch. „Wir dürfen darüber aber nicht vergessen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger daneben mit ihren eigenen, von ihnen oft ebenfalls groß empfundenen Problemen zu kämpfen haben.“

Der Ausschuss sei während der Corona-Pandemie mit zahlreichen „persönlichen Schicksalen“ konfrontiert worden, so Göttisch: „Fast jede dritte Petition konnten wir ganz oder zumindest teilweise im Sinne der Petentinnen und Petenten abschließen.“ Insgesamt kam der Ausschuss zu 95 Sitzungen zusammen. Es gab 17 Anhörungen, 16 Ortstermine, fünf Gesprächsrunden und sechs Sprechstunden in den Justizvollzugsanstalten.

Lars Harms war am häufigsten am Rednerpult

Der SSW-Abgeordnete Lars Harms hat in der vergangenen Wahlperiode so oft das Wort ergriffen wie kein anderer Abgeordneter. Harms wurde seit 2017 insgesamt 452 Mal das Wort erteilt, wie aus der Statistik der Landtagsdokumente hervorgeht. Dahinter folgten die AfD-Abgeordneten Volker Schnurrbusch (259 Mal) und Jörg Nobis (247). Die SSW-Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering kam auf 237, Claus Schaffer (AfD) auf 232 und der langjährige SPD-Fraktionschef Ralf Stegner auf 215 Redebeiträge.

Es gab 59 Tagungen mit 148 Sitzungstagen. Dabei kamen 11.302 Seiten Wortprotokoll zu Stande. Die Abgeordneten berieten über 273 Gesetzentwürfe. Sie verabschiedeten davon 211. Die Koalitionsfraktionen CDU, Grüne und FDP stellten gemeinsam mit 639 die meisten Anträge, gefolgt von der SPD mit 570. Die Abgeordneten stellten zudem 1.250 Kleine Anfragen an die Landesregierung. Unter den Fragestellern war der SPD-Bildungspolitiker Martin Habersaat mit 142 Anfragen der Spitzenreiter, gefolgt von der fraktionslosen Abgeordneten Doris von Sayn-Wittgenstein (133) und der SPD-Finanzexpertin Beate Raudies (118).

AfD verpasste den Wiedereinzug

Die AfD hat bei der Wahl am 8. Mai mit einem Stimmenanteil von 4,4 Prozent die Sperrklausel gerissen und den Wiedereinzug in den Landtag verpasst. Damit flog die Partei, die 2017 ins Haus an der Förde eingezogen war, erstmals aus einem deutschen Landesparlament. Zum dritten Mal in Folge schied eine neu in den Landtag gewählte Partei nach nur einer Wahlperiode wieder aus. 2012 wiederfuhr dies der Linken, 2017 den Piraten.

Die Arbeit der AfD im Landtag war von inneren Konflikten geprägt. Die damalige Landesvorsitzende Doris von Sayn-Wittgenstein wurde im November 2018 aus Partei und Fraktion ausgeschlossen. Anlass waren ihre angeblichen Kontakte zu einem Verein, der vom Thüringer Verfassungsschutz als rechts-extrem eingestuft wird. Der Landesvorsitz blieb anschließend jahrelang unbesetzt. Der Abgeordnete Frank Brodehl verließ im Oktober 2020 die AfD und kritisierte deren „Radikalisierung“. Er trat später in die Splitterpartei Liberal-Konservative Reformer ein.

Mit nur noch drei Mitgliedern verlor die AfD den Fraktionsstatus und firmierte nun als „Zusammenschluss“ mit weniger Redezeit im Plenum und ohne Stimmrecht in

den Ausschüssen. Inhaltlich positionierte sich die „Alternative für Deutschland“ insbesondere gegen eine liberale Flüchtlingspolitik, gegen zahlreiche Corona-Maßnahmen und gegen die Energiewende. Die anderen Fraktionen lehnten eine Zusammenarbeit kategorisch ab und votierten geschlossen gegen alle Initiativen der AfD.



Schlagzeilen zur AfD aus den vergangenen fünf Jahren



Wie wirken sich die Beschlüsse des Landtages konkret aus?
In dieser Serie zeigen wir Beispiele.

Förderung für Muttermilchbanken

Rund 9.000 Babys kommen in Deutschland jedes Jahr als Frühchen mit einem Körpergewicht von weniger als 1.500 Gramm auf die Welt. Viele Mütter haben nach einer zu frühen Geburt noch nicht ausreichend Milch, um ihre Kinder zu versorgen. Muttermilchbanken, in denen die Milch von Spenderinnen tiefgefroren gelagert wird, können da helfen. In Schleswig-Holstein gibt es bereits seit einigen Jahren am Universitätsklinikum UKSH in Lübeck eine solche Einrichtung. Im Dezember 2021 ist eine zweite Milchbank am UKSH Kiel dazugekommen. Grundlage war ein Gespräch des Sozialausschusses mit Vertreterinnen der Frauenmilchbank-Initiative (FMBI) und ein einstimmiger Beschluss des Landtages. Das Land unterstützt in den Jahren 2022 und 2023 die Milchbanken im Lande mit insgesamt 300.000 Euro. Die FMBI sprach anschließend von einem „wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer flächendeckenden Versorgung bedürftiger Frühgeborener mit hygienisch einwandfreier Spenderinnenmilch“.



Tiefgefrorene Muttermilchspenden im UKSH in Kiel

Offen ist noch, wer die Mehrkosten der Kliniken dauerhaft trägt. Der Landtag hat sich für eine bundeseinheitliche Lösung starkgemacht. Das Sozialministerium kündigte an, das Gespräch mit den Krankenkassen zu suchen, damit diese die Betriebskosten übernehmen.

Premiere für Special Olympics auf Landesebene

Im Mai 2018 war Kiel Schauplatz der deutschen Special Olympics, der Wettkämpfe für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung. Das Sportfest mit rund 4.500 Teilnehmern aus der ganzen Bundesrepublik wurde zu einem großen Erfolg. Anschließend gab es im Landtag breite Unterstützung für den Vorschlag des SSW, die Special Olympics zusätzlich auch als Landeswettbewerb auszutragen. Dies könne „den positiven Effekt dieser tollen Veranstaltung“ konservieren, den Behindertensport „nachhaltig in den Sportvereinen etablieren“ und „noch mehr Menschen mit Behinderung für den Sport begeistern“, hieß es im November 2018 in einem einstimmigen Beschluss.



Kampf um Medaillen bei den Special Olympics in Kiel 2018

Ende Mai dieses Jahres gingen nun die ersten Landesspiele der Special Olympics über die Bühne – wegen der Corona-Pandemie mit einem Jahr Verzögerung. Rund 260 Athleten kämpften im Sportforum der Kieler Universität und auf dem Golfplatz Dänischenhagen (Kreis Rendsburg-Eckernförde) um Medaillen in den Disziplinen Basketball, Boccia, Leichtathletik, Schwimmen und Tischtennis. Auch ein Fackellauf durch Kiel und der olympische Eid gehörten zum Programm. Die nächste Auflage ist für 2024 geplant.

„Haus der Landesgeschichte“ wird digital

Die Politik diskutiert schon seit mehr als zwei Jahrzehnten über ein „Haus der Landesgeschichte“, in dem die Regionalhistorie zwischen Nord- und Ostsee gebündelt präsentiert wird. Den Auftakt bildete im Jahr 2001 ein einstimmiges Votum im Landtag. Die angespannte Finanzlage verhinderte jedoch die Umsetzung. Ende 2017 griff das Parlament das Thema wieder auf, und im Februar dieses Jahres legte das Bildungsministerium ein Konzept vor. Demnach soll das „Haus der Landesgeschichte“, anders als in anderen Bundesländern, kein Gebäude, sondern ein Online-Projekt werden. Die Kieler Landesbibliothek soll die Federführung innehaben, und ein Kuratorium soll im Laufe des Jahres ein Konzept erarbeiten. Die Öffentlichkeit kann sich bei drei „Workshops“ in Kiel, Lübeck und Husum beteiligen. Die Landesregierung rechnet mit Kosten von 1,4 Millionen Euro in den kommenden drei Jahren.



Orte der Landesgeschichte: Das Landeshaus und das Finanzministerium (li.) in den 1980er-Jahren

Die Reaktionen im Landtag fielen gemischt aus. CDU, Grüne und Liberale lobten das Vorhaben. „In einem digitalen Haus der Landesgeschichte liegt eine große Chance, die Geschichte Schleswig-Holsteins für breite Teile der Bevölkerung erlebbar zu machen“, so Anita Klahn (FDP). Sozialdemokraten und SSW gaben sich skeptisch. Martin Habersaat (SPD) warnte vor einem „Sparmodell“. Wenn das Online-Haus gelingen sollte, dann sei es nicht viel günstiger zu haben als ein echtes.



„Der Landtag“ kommt zu Ihnen ins Haus – vier Mal im Jahr und natürlich kostenlos!

Wenn Sie die Landtagszeitschrift abonnieren möchten, dann schicken Sie bitten den Bestellcoupon an:

Schleswig-Holsteinischer Landtag
L 1415
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Oder senden Sie eine Mail an: bestellungen@landtag.ltsh.de

Ja, ich möchte die Landtagszeitschrift kostenlos abonnieren!

Bitte schicken Sie mir _____ Exemplar(e).

Name: _____

Straße, Hausnummer: _____

ggf. Name der Institution: _____

Postleitzahl, Ort: _____

Ort, Datum: _____

Unterschrift: _____



SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Kristina Herbst wurde am 24. August 1977 in Bremen geboren, lebt in Kiel und ist Mutter von drei Kindern. Die Diplom-Kauffrau war in einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie im Wirtschafts-, im Wissenschafts- und im Finanzministerium tätig. Von 2017 bis 2022 war sie Staatssekretärin im Innenministerium. Erfahrung in einer Volksvertretung sammelte sie von 2009 bis 2013 als Mitglied der Kieler Ratsversammlung. Herbst ist das 14. schleswig-holsteinische Parlamentspräsidentin seit 1946 und die dritte Frau auf diesem Posten nach Lianne Paulina-Mürl (SPD, 1987 bis 1992) und Ute Erdsiek-Rave (SPD, 1992 bis 1996).



Kristina Herbst: Neue Landtagspräsidentin fordert „Bunt“ statt „Schwarz und Weiß“

Kristina Herbst ist neue Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Die 44-jährige CDU-Politikerin erhielt in der konstituierenden Sitzung am 7. Juni die Stimmen von 57 der 66 anwesenden Abgeordneten. Es gab acht Nein-Stimmen und eine Enthaltung. Sie trat die Nachfolge von Klaus Schlie an, der bei der Wahl am 8. Mai nicht wieder kandidiert hatte. In ihrer ersten Ansprache an das Parlament appellierte Herbst, das Gemeinsame in der Gesellschaft zu betonen. Der Landtag müsse sich noch stärker auf das digitale Zeitalter einlassen – und die Politik könne sich ein Beispiel am Sport nehmen.

„Wir erleben einen Prozess der gesellschaftlichen Fragmentierung und der Zementierung von Gräben“, so Herbst. Digitale Kommunikationswege führten leider auch dazu, dass Teile der Gesellschaft „entweder gar nicht mehr miteinander sprechen oder sich in menschenverachtenden Hassmonologen über die anderen ergehen.“ Statt auf parteipolitisches „Schwarz“ und „Weiß“ zu setzen, sollte der Landtag deshalb in seiner Kommunikation die gesellschaftliche Vielfalt abbilden – „ein ‚Bunt‘, das der Lebenswirklichkeit der Menschen weitaus mehr entspricht“.

Angesichts von Klimawandel, Coronapandemie und Ukraine-Krieg seien viele Menschen verunsichert, betonte Herbst. „Die Generation der jungen Menschen fühlt sich oft in wichtigen Fragen nicht gehört und in ihren Anliegen nicht vertreten.“ Deswegen gehe es jetzt um eine „Politik, die die Menschen

mitnimmt“. Die Abgeordneten müssten sich kritisch fragen: „Benutzen wir zur Erklärung unseres Handelns eine Sprache, die die Menschen verstehen?“

Als Leitbild für den politischen Betrieb könne der Sport dienen, unterstrich die Landtagspräsidentin: „Der Sport lehrt uns Teamgeist, den Wert ehrenamtlichen Engagements, und er ist ein hervorragendes Mittel der Integration und Inklusion von Menschen ganz verschiedener Herkunft und mit ganz unterschiedlichen Stärken und Schwächen.“ Der Sport vereine die Generationen, er ermög-

liche Teilhabe, und er vermittele das Gefühl von Gleichwertigkeit.

Mit Blick auf ihre Arbeit als oberste Vertreterin des Landesparlaments wolle sie „Ansprachpartnerin für alle Fraktionen gleichermaßen sein“ und den Dialog suchen, um Konflikte beizulegen. Und sie wolle den Landtag noch stärker in der Öffentlichkeit positionieren: „Im 21. Jahrhundert, in einer digitalen und mobilen Welt, muss auch dieser entscheidende Ort der Demokratie in unserem Land noch digitaler, ja, noch ernsthaft nachhaltiger und transparenter werden.“

Alterspräsident Peter Lehnert: „Bürger erwarten Lösungen“

Traditionsgemäß hat der Alterspräsident die erste Sitzung des neuen Landtages eröffnet. Das Amt hat in dieser Wahlperiode der CDU-Abgeordnete Peter Lehnert inne, der dem Parlament seit 1992 ohne Unterbrechung angehört. In Schleswig-Holstein gilt das dienstälteste Mitglied als Alterspräsident und nicht das älteste nach Lebensjahren.

Die Menschen erwarteten von der Politik „Lösungen und Brückenschläge und keine Vertiefung gesellschaftlicher Gräben“, so Lehnert in seiner Eröffnungsrede. Wenn die Erfahrungen der älteren Abgeordneten und die Ideen der jüngeren miteinander verbunden werden könnten, dann gebe es eine gute Grundlage, um

Politik nachhaltig und generationengerecht zu gestalten. Lehnert bat um einen respektvollen Umgang. Es sei wichtig, „im politisch anders denkenden Abgeordnetenkollegen nicht nur den Kontrahenten zu sehen“, sondern vor allem den demokratischen Mitstreiter, der ebenfalls versuche, den besten Weg zu finden.



Abgeordnete legen den Eid ab



Als eine ihrer ersten Amtshandlungen hat Landtagspräsidentin Kristina Herbst die Verpflichtung der Abgeordneten vorgenommen. Dabei sprachen die Abgeordneten gemeinsam der Präsidentin die Eidesformel nach und wurden anschließend einzeln von der Präsidentin verpflichtet – corona-bedingt diesmal nicht per Handschlag, sondern per Kopfnicken.

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen, so wahr mir Gott helfe.“ Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. Der Abgeordneteneid ist eine schleswig-holsteinische Besonderheit. Beim Bundestag und bei den meisten anderen Landesparlamenten ist ein Eid nicht vorgesehen.

Gottesdienst zum Auftakt der Wahlperiode

Am Morgen vor der ersten Sitzung des Landtages haben Abgeordnete und Angehörige der Landesregierung und der Zivilgesellschaft in der Kieler Pauluskirche den traditionellen ökumenischen Gottesdienst gefeiert. Er stand unter dem Leitgedanken „Sende die Weisheit, damit sie bei mir sei und alle Mühe mit mir teile“. Die evangelisch-lutherische Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt und der katholische Erzbischof von Hamburg, Stefan Heße, sprachen die Predigten. Gemeinsam mit Vertretern freikirchlicher, jüdischer, muslimischer und alevitischer Glaubensgemeinschaften sprachen sie zudem ein interreligiöses Friedensgebet.



Immunität geregelt

Zu Beginn der Wahlperiode hat der Landtag einen Grundsatzbeschluss gefasst, wie mit eventuellen staatsanwaltlichen Ermittlungen, Gerichtsverfahren oder Freiheitsstrafen gegen einzelne Abgeordnete zu verfahren ist. Damit wurde geregelt, wie die in der Verfassung festgeschriebene Immunität der Abgeordneten durch die Behörden auszulegen ist. So wurden mögliche Verfahren gegen Abgeordnete wegen Straftaten wie auch Hausdurchsuchungen oder Beschlagnahmungen unter strengen Auflagen genehmigt. Die Verfolgungsbe-

hörden müssen die Landtagspräsidentin im Vorwege informieren. Der Innen- und Rechtsausschuss trifft dann eine Vorentscheidung über die Aufhebung der Immunität, die nach sieben Tagen in Kraft tritt, wenn kein Widerspruch eingelegt wird. Artikel 31 der Landesverfassung garantiert den Abgeordneten einen weitreichenden Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung und sichert damit die Unabhängigkeit des Mandats.

Landtag komplettiert sein Präsidium



Fünf Abgeordnete nehmen in der neuen Wahlperiode die Stellvertretung von Landtagspräsidentin Kristina Herbst (3. v. li.) wahr. Dies sind (v. li.) Alterspräsident Peter Lehnert (CDU), die langjährige Grünen-Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben, Beate Raudies (SPD), Jette Waldinger Thiering vom SSW, der erstmals in diesem Gremium vertreten ist, und Annabell Krämer (FDP), die bereits in der vorherigen Wahlperiode Landtagsvizepräsidentin war. Sie wurden einstimmig gewählt. Statt bisher drei gibt es nun fünf Vize-Posten. Dies beruht auf einer Absprache unter den Fraktionen, die der Landtag einstimmig in der Geschäftsordnung und im Abgeordnetengesetz verankert hat. Die Vizes leiten im turnusmäßigen Wechsel mit der Landtagspräsidentin die Plenarsitzungen. Sie vertreten die Präsidentin bei öffentlichen Terminen und nehmen an den Sitzungen des Ältestenrats teil. Außerdem wählte der Landtag zwei Schriftführerinnen, die während des Plenums das Sitzungspräsidium vervollständigen: Dagmar Hildebrand (CDU) und Anna Langsch (Grüne).

„Hilfsorgane“ haben sich neu formiert

Sie werden in der Öffentlichkeit häufig weniger wahrgenommen als die Plenarsitzungen, und dennoch sind sie ein wesentlicher Bestandteil der Parlamentsarbeit: die Ausschüsse. In diesen „Hilfsorganen des Parlaments“ werden

die Themen, die in einer Plenardebatte innerhalb von 30 oder 60 Minuten abgehandelt werden, mitunter in stundenlanger Kleinarbeit von den Fachpolitikern durchdiskutiert.

Die Ausschüsse werden vom Plenum mit Themen betraut, sie können aber in ihrem Fachgebiet auch selbst aktiv werden. Sie nehmen öffentliche Anhörungen vor (zum Beispiel bei Gesetzesvorhaben), zu denen Sachverständige und Verbandsvertreter eingeladen werden. Nach ihrer Beratung sprechen die Ausschüsse Empfehlungen aus, die dann wiederum Grundlage der abschließenden Entscheidung im Plenum sind. Ein- bis

zweimal monatlich treffen sich die Ausschüsse in der Regel.

Ausschüsse ermöglichen eine effektive Aufteilung der parlamentarischen Arbeit. Und dabei können Bürger den Abgeordneten, wie auch bei den Plenarsitzungen, auf die Finger schauen, denn Ausschusssitzungen sind im Landtag in der Regel öffentlich. Dies gilt allerdings meistens nicht für den Petitionsausschuss. Dieses Gremium befasst sich mit Beschwerden von Bürgern über Ämter und Verwaltungen, und hier werden persönliche Angelegenheiten beraten, die dem Datenschutz unterliegen.

Die Ausschüsse in dieser Wahlperiode

Innen- und Rechtsausschuss

Vorsitzender:

Jan Kürschner (Grüne)

Stellvertretender Vorsitzender:

Hermann Junghans (CDU)

Weitere Mitglieder:

Tim Brockmann (CDU)
Birte Glißmann (CDU)
Thomas Jepsen (CDU)
Seyran Papo (CDU)
Bettina Braun (Grüne)
Kai Dolgner (SPD)
Niclas Dürbrook (SPD)
Bernd Buchholz (FDP)
Lars Harms (SSW)

Bildungsausschuss

Vorsitzender:

Martin Habersaat (SPD)

Stellvertretender Vorsitzender:

Peer Knöffler (CDU)

Weitere Mitglieder:

Martin Balasus (CDU)
Anette Röttger (CDU)
Uta Wentzel (CDU)
Wiebke Zweig (CDU)
Malte Krüger (Grüne)
Uta Röpcke (Grüne)
Sophia Schiebe (SPD)
Christopher Vogt (FDP)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Wirtschaftsausschuss

Vorsitzender:

Claus Christian Claussen (CDU)

Stellvertretender Vorsitzender:

Bernd Buchholz (FDP)

Weitere Mitglieder:

Andreas Hein (CDU)
Lukas Kilian (CDU)
Peer Knöffler (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Oliver Brandt (Grüne)
Nelly Waldeck (Grüne)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Thomas Hölck (SPD)
Sybilla Nitsch (SSW)

Finanzausschuss

Vorsitzender:

Lars Harms (SSW)

Stellvertretende Vorsitzende:

Birgit Herdejürgen (SPD)

Weitere Mitglieder:

Michel Deckmann (CDU)
Hauke Hansen (CDU)
Rixa Kleinschmit (CDU)
Patrick Pender (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Oliver Brandt (Grüne)
Lasse Petersdotter (Grüne)
Beate Raudies (SPD)
Annabell Krämer (FDP)

Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschuss

Vorsitzender:

Heiner Rickers (CDU)

Stellvertretende Vorsitzende:

Silke Backsen (Grüne)

Weitere Mitglieder:

Rixa Kleinschmit (CDU)
Cornelia Schmachtenberg (CDU)
Sönke Siebke (CDU)
Manfred Uekermann (CDU)
Dirk Kock-Rohwer (Grüne)
Thomas Hölck (SPD)
Sandra Redmann (SPD)
Oliver Kumbartzky (FDP)
Christian Dirschauer (SSW)

Sozialausschuss

Vorsitzende:

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Stellvertretende Vorsitzende:

Catharina Nies (Grüne)

Weitere Mitglieder:

Hauke Hansen (CDU)
Dagmar Hildebrand (CDU)
Werner Kalinka (CDU)
Andrea Tschacher (CDU)
Jasper Balke (Grüne)
Birte Pauls (SPD)
Sophia Schiebe (SPD)
Heiner Garg (FDP)
Christian Dirschauer (SSW)



Anhörung von Finanzministerin Monika Heinold (rechts am Tisch in der Mitte) Ende Juni im Finanzausschuss: Ihr gegenüber sitzt der Vorsitzende Lars Harms, vorne links die Koalitionsabgeordneten, auf der anderen Seite die Opposition.

Petitionsausschuss

Vorsitzender:

Hauke Göttsch (CDU)

Stellvertretende Vorsitzende:

Sybilla Nitsch (SSW)

Weitere Mitglieder:

- Dagmar Hildebrand (CDU)
- Thomas Jepsen (CDU)
- Heiner Rickers (CDU)
- Sönke Siebke (CDU)
- Manfred Uekermann (CDU)
- Anna Langsch (Grüne)
- Dirk Kock-Rohwer (Grüne)
- Eka von Kalben (Grüne)
- Niclas Dürbrook (SPD)
- Marc Timmer (SPD)
- Annabell Krämer (FDP)

Europausschuss

Vorsitzender:

Malte Krüger (Grüne)

Stellvertretende Vorsitzende:

Seyran Papo (CDU)

Mitglieder:

- Hauke Göttsch (CDU)
- Volker Nielsen (CDU)
- Rasmus Vöge (CDU)
- Uta Wentzel (CDU)
- Eka von Kalben (Grüne)
- Birte Pauls (SPD)
- Marc Timmer (SPD)
- Heiner Garg (FDP)
- Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg

Vorsitzender:

Bernd Buchholz (FDP)

Stellvertretende Vorsitzende:

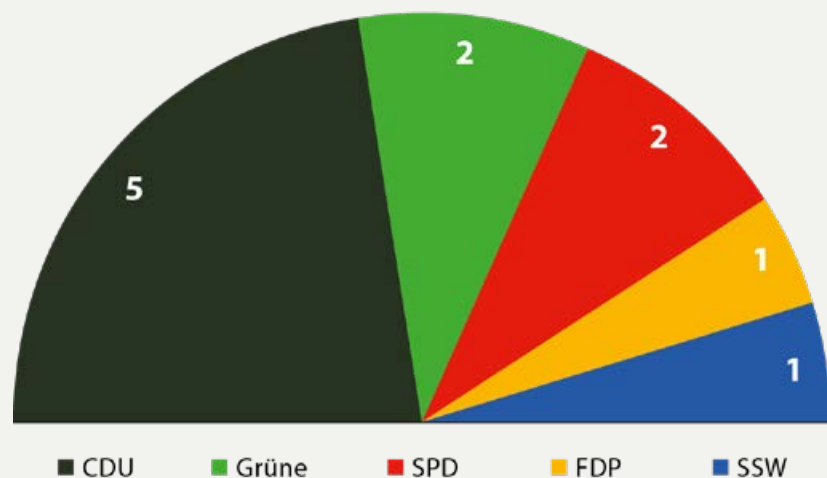
Wiebke Zweig (CDU)

Mitglieder:

- Martin Balasus (CDU)
- Claus Christian Claussen (CDU)
- Patrick Pender (CDU)
- Andrea Tschacher (CDU)
- Oliver Brandt (Grüne)
- Bettina Braun (Grüne)
- Martin Habersaat (SPD)
- Beate Raudies (SPD)
- Lars Harms (SSW)

Schwarz-Grün hat auch hier die Mehrheit

Die Mehrheitsverhältnisse des Landtages spiegeln sich in den Fachausschüssen wider, die Ausschüsse sind also „Parlamente in Kleinen“. Die Sitze werden ebenfalls nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers unter den Fraktionen aufgeteilt – genau wie die Sitze im Parlament bei einer Landtagswahl. Demnach hat die Koalition eine Mehrheit von 7:4 Stimmen. Die Fachausschüsse haben in der Regel elf Mitglieder, nur im Petitionsausschuss sind es 13.



Daniel Günther bleibt Ministerpräsident – und benennt sein Kabinett

Der alte Ministerpräsident ist auch der neue: Daniel Günther (CDU) wurde Ende Juni in geheimer Wahl mit den Stimmen von 47 der 66 anwesenden Abgeordneten im Amt bestätigt. Es gab 15 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen. Günther führt ein Bündnis aus Union und Grünen an, das die bisherige Jamaika-Koalition ablöst. In einer ersten Ansprache dankte der Regierungschef den FDP-Ministern der vergan-

genen fünf Jahre, Heiner Garg (Soziales) und Bernd Buchholz (Wirtschaft), „mit denen ich sehr, sehr gerne und erfolgreich zusammengearbeitet habe“. Die Herausforderungen der Zukunft gehe er „mit Respekt und Demut“ an, so Günther. Anschließend stellte er sein Kabinett vor. Der Regierungschef und seine Minister wurden vor dem Landtag vereidigt.

Claus Ruhe Madsen (parteilos)

Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, geb. 1972 in Kopenhagen

Der Däne lebt seit 1991 in Deutschland und war Unternehmer in den Bereichen Wohnmobile und Speiseeis, bevor er 1998 in Rostock ein Möbelhaus eröffnete. Dort wurde der gelernte Handelsfachwirt 2013 Chef der Industrie- und Handelskammer und 2019 Oberbürgermeister.

Tobias Goldschmidt (Grüne)

Minister für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, geb. 1981 in Haselünne (Niedersachsen)

Der Politikwissenschaftler kam 2012 ins Kieler Umweltministerium und war Leiter der Stabsstelle Energiepolitik und des Referats Grundsatzfragen. 2017 wurde er Staatssekretär.

Dirk Schrödter (CDU)

Chef der Staatskanzlei, geb. 1978 in Luckenwalde (Brandenburg)

Der studierte Volkswirt war ab 2006 als Beamter im Kieler Finanzministerium tätig, seit 2010 als Referatsleiter für Haushaltsaufstellung und Finanzplanung. Seit 2017 leitet er die Staatskanzlei.

Sabine Sütterlin-Waack (CDU)

Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, geb. 1958 in Reinbek (Kreis Stormarn)

Die Rechtsanwältin aus Lürschau (Kreis Schleswig-Flensburg) war stellvertretende Bürgermeisterin ihrer Heimatgemeinde und wurde 2013 in den Bundestag gewählt. 2017 übernahm sie das Kieler Justizministerium, 2020 wechselte sie ins Innenressort.

Kerstin von der Decken (CDU)

Ministerin für Justiz und Gesundheit, geb. 1968 in Hamburg

Die Juristin ist in Mexiko-Stadt aufgewachsen und war Gastprofessorin in Paris, Washington, Oviedo und Graz. In Kiel hatte sie elf Jahre lang den Lehrstuhl für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Völker- und Europarecht inne. Sie gehörte dem Corona-Expertenrat der Landesregierung an.



Aminata Touré (Grüne)

Ministerin für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung, geb. 1992 in Neumünster

Die Politikwissenschaftlerin, deren Familie aus dem westafrikanischen Mali stammt, war Mitarbeiterin der Grünen-Bundestagsfraktion. 2017 kam sie in den Landtag und wurde 2019 Landtagsvizepräsidentin.

Karin Prien (CDU)

Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, geb. 1965 in Amsterdam

Die Rechtsanwältin kommt aus Hamburg, wo sie ab 2011 Bürgerschaftsabgeordnete und ab 2015 CDU-Fraktionsvize war. 2017 wechselte sie als Bildungsministerin nach Kiel, seit Anfang 2022 ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende ihrer Partei.

Werner Schwarz (CDU)

Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, geb. 1960 in Bad Oldesloe

Der Landwirt aus Rethwisch (Kreis Stormarn) war von 2008 bis zu seiner Minister-Nominierung Präsident des Landesbauernverbandes. Ab 2012 war er zudem Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes.

Monika Heinold (Grüne)

Finanzministerin, stellvertretende Ministerpräsidentin, geb. 1958 in Gütersloh

Die gelernte Erzieherin ist seit 2012 Ressortchefin und geht in die dritte Wahlperiode in diesem Amt, jeweils mit anderen Koalitionen. Zuvor gehörte sie ab 1996 dem Landtag an und war Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion.

Daniel Günther (CDU)

Ministerpräsident, geb. 1973 in Kiel

Der Politikwissenschaftler aus Eckernförde war CDU-Landesgeschäftsführer und ist seit 2016 Vorsitzender der Nord-CDU. 2009 kam er in den Landtag, 2014 wurde er Fraktionschef, 2017 Ministerpräsident.



Kiel, 22. Juni: Der Koalitionsvertrag liegt zur Unterschrift bereit – in schwarzen und grünen Mappen.

Klima, innere Sicherheit, Bildung: Das will Schwarz-Grün

Nach dreiwöchigen Verhandlungen stand Ende Juni der Koalitionsvertrag des ersten Zweierbündnisses aus CDU und Grünen im Lande. Er steht unter dem Motto „Ideen verbinden – Chancen nutzen – Schleswig-Holstein gestalten“. Das Papier ist 249 Seiten stark und enthält zwölf Kapitel mit insgesamt 126 Abschnitten. Einige ausgewählte Kernpunkte:

Klimaschutz: CDU und Grüne kündigen einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und den Ausstieg aus der Kohleverstromung in dieser Wahlperiode an. Schleswig-Holstein soll „das erste klimaneutrale Industrieland“ werden und 2040 klimaneutral sein. Der Klimaschutz soll Verfassungsrang bekommen. Kommunen sollen mit einem Sondervermögen „Klimaneutrale Kommune“ unterstützt werden. Es soll öffentliches Geld für private E-Auto-Ladestationen, Wärmepumpen und Stromspeicher geben.

Windenergie: „Wir werden in dieser Legislatur über die bestehende Planung hinaus weitere Flächen für die Windkraft zur Verfügung stellen mit dem Ziel, perspektivisch 15 Gigawatt installierte Leistung zu erreichen“, heißt es. Um zwei Prozent der Landesfläche für Windkraft zu reservieren, sollen Arten- und Denkmalschutz überarbeitet werden. Auch die bestehenden Höhenbeschränkungen sollen überprüft werden. Mit dem Repowering bestehender Anlagen und besser ausgestatteten Genehmigungsbehörden soll „die Grundlage für eine jährliche Energieerzeugung von 25 bis 35 Terrawattstunden pro Jahr bis 2030“ sichergestellt werden.

Landesplanung: Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden. „Wiederholte Auslegungs-, Einwendungs- und Erwidlungsschleifen“ sollen vermieden werden, und Bürgerbegehren gegen „unverzichtbare“ Großprojekte soll es nicht mehr geben. Am Oberverwaltungsgericht soll ein weiterer Senat entstehen, um schnellere Entscheidungen zu ermöglichen.

Solarenergie: Für Neubauten von Häusern soll ab 2025 eine Solarpflicht für Dächer greifen. „Contracting-Modelle“ sollen es Eigentümern ermöglichen, ihre Dächer für die Nutzung von Solarenergie zu verpachten. Dies soll auch für bestehende Dächer gelten. Auch öffentliche Dächer, Fassaden und Parkplätze sollen für Solarstrom genutzt werden.

Innere Sicherheit: Die Landespolizei soll eine Cyber-Hundertschaft und mehr IT-Experten bekommen. Gegen Geldwäsche soll eine neue Task Force von Polizei, Steuerfahndung und Staatsanwaltschaften etabliert werden. An Kriminalitätsschwerpunkten und „Angsträumen“ ist der Ausbau der Videoüberwachung geplant. Der Verfassungsschutz soll in Ausnahmefällen „die Möglichkeit

i

Stichwort: Koalitionsverträge

Schriftliche Abkommen zwischen den an der Regierung beteiligten Parteien gewinnen an Bedeutung – und an Umfang. Der aktuelle schwarz-grüne Vertrag umfasst 249 Seiten. 2017 kamen CDU, Grüne und FDP mit 115 Seiten aus, 2012 formulierten SPD, Grüne und SSW ihre Ziele auf 63 Seiten. 57 Seiten reichten dem schwarz-gelben Bündnis im Jahr 2009. In den 1980er-Jahren waren solche Verträge noch wenige Seiten stark, oder die Beteiligten kamen ganz ohne sie aus.

Einige Staatsrechtler sehen Koalitionsverträge kritisch. Der Vorwurf: Diese schränken die in der Verfassung festgeschriebene Richtlinienkompetenz des Regierungschefs und das freie Mandat der Abgeordneten ein. Ein einklagbarer Rechtsanspruch entsteht aus einem Koalitionsvertrag nicht. Er ist lediglich eine gemeinsame Absichtserklärung der beteiligten Parteien und ersetzt keine Gesetzgebungsverfahren und Beschlüsse der gewählten Abgeordneten im Landtag.

zur technischen Datenerhebung in oder aus Wohnungen“ bekommen. Die Polizei soll Bodycams auch in Wohnungen einsetzen dürfen. Die Wiedereröffnung bereits geschlossener Polizeiwachen wird geprüft.

Zuwanderung: Ein weiteres Landesaufnahmeprogramm für 500 Flüchtlinge soll aufgelegt werden. Die Zuwanderung von Fachkräften soll gefördert werden.

Wirtschaft: Schleswig-Holstein als Energiewendeland bietet Wettbewerbsvorteile für „die Ansiedlung neuer energieintensiver Industrieunternehmen“. Dem Fachkräftemangel soll begegnet werden, indem Frauen durch eine bessere Kinderbetreuung der Sprung von der Teilzeit in die Vollzeit ermöglicht wird und indem Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderung verstärkt in den Arbeitsmarkt integriert werden. Im Tourismus wird eine „Steigerung der Qualität des touristischen Angebots und der lokalen Infrastruktur“ angestrebt.

Landwirtschaft: Den Bauern wird „Planungssicherheit“ versprochen: Bundes- und EU-Standards wolle man „nicht weiter verschärfen“. Der Anteil an Öko-Betrieben, derzeit sechs Prozent, soll verdoppelt werden. Schwarz-Grün kündigt ein „wissenschaftlich fundiertes, bestandsorientiertes Gänsemanagement“ an und will „den Wolf mit ganzjähriger Schonzeit ins Jagdrecht aufnehmen“. Aggressive Wölfe könnten dann „im Einzelfall“ geschossen werden.

Straßen: CDU und Grüne bekennen sich zum Ausbau der A20 von Bad Segeberg bis zur Elbe. Auch die Chancen der festen Fehmarnbeltquerung werden hervorgehoben. Es soll jährlich mindestens 90 Millionen Euro für die Sanierung der Landesstraßen geben. 20 Millionen sind für die Radwege entlang dieser Straßen geplant. Tempolimits und Kreisverkehre sollen den Straßenverkehr für Fußgänger und Radfahrer sicherer gestalten.

ÖPNV: Alle Züge sollen bis 2030 emissionsfrei fahren. Bis zu 25 Prozent des Personennahverkehrs soll über die Schiene laufen. Die S-Bahnen am Hamburger Rand sollen ausgebaut werden. Es soll günstige Tickets für Azubis und eine 30er-Mehrfachfahrkarte geben.

Kitas: Es soll mehr Plätze, mehr Fachkräfte und kleinere Gruppen geben. Die Inklusion soll verbessert werden, und Elternbeiträge sollen weiter sinken, insbesondere für sozial schwächere Familien.

Schulen: Das Perspektivschulprogramm für Schulen in sozial benachteiligten Gebieten soll fortgesetzt werden. Für die Ganztagsbetreuung sind mehr Fachkräfte vorgesehen. Kinder in der 1. und 2. Klasse sollen jeweils eine Stunde mehr Mathe- und Deutschunterricht erhalten. Informatik wird vierstündiges Pflichtfach ab Klasse 5. Geplant sind 140 neue Stellen für Sonderschulpädagogen. Eine „Experimentierklausel“ ermutigt Schulen „zur Erprobung innovativer Unterrichtsformen“.

Es soll geprüft werden, ob der Unterricht später beginnen könnte, „um den Schulalltag an den Schlafrythmus der Kinder anzupassen“.

Berufliche Bildung: Jeder Jugendliche soll eine Ausbildungsgarantie erhalten. Die Durchlässigkeit zwischen der Ausbildung in Betrieben und an Hochschulen soll verbessert werden.

Hochschulen: Die Grundfinanzierung wird jährlich um fünf Millionen Euro aufgestockt. Das Land übernimmt die Tarifsteigerungen der Beschäftigten. Auch die Mittel für Bauvorhaben sollen wachsen. Es sollen 650 neue Wohnheimplätze für Studenten entstehen.

Soziales: Es soll mehr Geld für Armutsbekämpfung geben, etwa einen „Fonds für soziale Härten“, mehr Zuschüsse für Tafeln und einen Ausbau der Schulden- und Insolvenzberatung. Die Tarifbindung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll gestärkt werden.

Gesundheit: Mit einem „Pakt für Gesundheitsberufe“ soll der Fachkräftemangel bekämpft werden. Der Sanierungsstau an Krankenhäusern soll weiter abgebaut werden, es soll mehr Medizinstudienplätze geben, und Pflegekräfte sollen besser bezahlt werden.

Wohnen: Jährlich sollen 15.000 Wohnungen entstehen, der soziale Wohnungsbau soll vorangetrieben werden. Mit einem Wohnraumschutzgesetz sollen die Kommunen gegen Leerstände und Verwahrlosungen vorgehen dürfen. Familien sollen für den Ersterwerb einer Immobilie eine Eigenheimzulage von 5.000 Euro plus 5.000 Euro pro Kind bekommen. In jeder Stadt über 50.000 Einwohnern muss es künftig einen Mietspiegel geben. Die Kappungsgrenze, die Mietsteigerungen begrenzt, wird wieder eingeführt. Eine neue Landesentwicklungsgesellschaft soll schneller bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Finanzen: „Alle Vorhaben stehen unter Finanzierungsvorbehalt“, betonen CDU und Grüne. Die Schuldenbremse in der Landesverfassung soll eingehalten werden. Ziel sind strukturell ausgeglichene Haushalte für die gesamte Wahlperiode. Ausgaben sollen dahingehend geprüft werden, ob sie klimarelevant sind. Haushaltsüberschüsse sollen auch künftig dem Sondervermögen IMPULS zugeführt werden.

Beständiger Wechsel

Koalitionen sind in Schleswig-Holstein kurzlebig. Seit dem Jahr 2000 hielt jedes Bündnis nur für eine Wahlperiode. Seitdem gab es sechs verschiedene Konstellationen.

2000	SPD	Grüne	
2005	CDU	SPD	
2009	CDU	FDP	
2012	SPD	Grüne	SSW
2017	CDU	Grüne	FDP
2022	CDU	Grüne	

Erster Schlagabtausch

Opposition vermisst Konkretes, Koalition betont den Klimaschutz

„Unambitioniert“, „sehr vage“, „kein guter Start“: Die Opposition hat scharfe Kritik am schwarz-grünen Koalitionsvertrag geübt. Schleswig-Holstein stehe vor großen Herausforderungen, so Oppositionsführer und SPD-Fraktionschef Thomas Losse-Müller Ende Juni: „Weder der Koalitionsvertrag noch die Aufstellung der Regierung lassen aber darauf schließen, dass Sie auf diese Aufgaben vorbereitet sind.“

Am Tag nach der Wiederwahl von Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) hatten Sozialdemokraten, FDP und SSW eine Aktuelle Stunde anberaumt. Zuvor hatte Günther angekündigt, sein Regierungsprogramm erst nach der Sommerpause vor dem Landtag präsentieren zu wollen. Auch diese Terminplanung kritisierte Losse-Müller: Die Menschen im Lande und auch der Landtag als „Herzkammer unserer Demokratie“ hätten es verdient, dass die Ziele von CDU und Grünen umgehend vorgestellt werden. „Wir hatten erst gestern unsere erste Kabinettsitzung“, entgegnete Finanzministerin Monika Heinold in Vertretung des erkrankten Regierungschefs. Das Kabinett werde „in den nächsten Wochen“ ein „Arbeitsprogramm“ aufstellen.

„Die Erwartungen an Sie sind hoch!“

Das 249 Seiten starke Vertragswerk enthalte „viele Worte, viele Versprechungen, viele Prüfungsaufträge“, merkte der SPD-Fraktionschef an. Die schwarz-grünen Ankündigungen würden aber nicht mit Geld und konkreten Zielmarken hinterlegt. Das sei „Wohlfühlpopulismus“. Bei Themen wie Digitalisierung, Artenvielfalt, demografischer Wandel, Klima, Inflation und sozialer Zusammenhalt verfare Schwarz-Grün nach dem Prinzip „viele Ziele und wenige Lösungen“. „Uns allen stehen sehr

harte Jahre bevor, und die Erwartungen an Sie sind hoch“, so FDP-Fraktionschef Christopher Vogt an die Adresse der Koalition. Als Stichworte nannte er den Breitbandausbau, die Verkehrsinfrastruktur, Krankenhäuser und Pandemiemanagement. Schwarz-Grün sei eine „Koalition der Gegensätze“: „Die Grünen wollen in vielen Fragen das Gegenteil von dem, was die Union will.“

Kritik an den Kosten für das Spitzenpersonal

„Sie fangen bei null an, und wir werden Sie an Ihren Leistungen messen“, betonte Lars Harms (SSW). Die Regierungspartner hätten zwar sehr viel aufgeschrieben, „aber eigentlich ist nichts verhandelt“. Harms forderte, den Friesisch-Unterricht auszubauen und die dänischen Schulen im Lande bei den Ganztagsangeboten mit den deutschen Regelschulen gleichzustellen. Gemeinsam kritisierten alle Oppositionsfraktionen den neuen Zuschnitt der Ministerien. Der Bereich Gesundheit ist vom Sozial- ins Justizministerium gewandert, und die Landwirtschaft wurde aus dem Umweltressort herausgelöst. Das schwarz-grüne Kabinett hat zwei Minister und vier Staatssekretäre mehr als die Jamaika-Vorgängerregierung. In der Summe schlägt der Personalzuwachs mit jährlich 1,9 Millionen Euro zu Buche. Ministerin Heinold

verteidigte diese Maßnahmen. Die Regierung müsse sich so aufstellen, dass die Führungspositionen auch für junge Menschen mit Familie „ausfüllbar“ seien.

„Schleswig-Holstein kann Bayern überholen“

Schleswig-Holstein habe die „Jahrhundertchance, zum großen Gewinner der Energiewende zu werden“, sagte CDU-Fraktionschef Tobias Koch. Die Koalition habe sich das Ziel gesetzt, den Norden zum ersten klimaneutralen Bundesland zu machen. 2040 soll dies erreicht sein. „Wir können die bayrische Erfolgsgeschichte nachvollziehen, einholen und überholen“, so Koch. Auf dem Weg vom Agrar- zum Industriestandort setze Schwarz-Grün auf eine moderne „Ansiedlungsstrategie“, denn „schon jetzt siedeln sich Unternehmen da an, wo es grünen Strom gibt“.

Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Lasse Petersdotter sprach von „mitunter harten Verhandlungen“, aber man sei „immer zu einem guten Ergebnis gekommen“. Die Koalition sei „ein Bündnis, das breite Teile der Gesellschaft abdeckt“. Schwerpunkt sei der Klimaschutz: Er solle als Staatsziel in die Landesverfassung aufgenommen werden, zudem gebe es bald eine Solarpflicht für Neubauten, alle Ministerien müssten eigene Klimaschutzpläne erarbeiten, und es werde ein „Wärmewendefonds“ für die Kommunen aufgelegt. Der Norden könne „Klimaschutz-Pionierregion“ werden.



Unterschiedliche Urteile über das schwarz-grüne Bündnis: Thomas Losse-Müller (SPD), Tobias Koch (CDU), Lasse Petersdotter (Grüne), Christopher Vogt (FDP), Lars Harms (SSW), Finanzministerin Monika Heinold (Grüne, v. li.)

Mieter: mehr Schutz vor „Schrott-Immobilien“

Mietwohnungen sollen in Schleswig-Holstein besser vor Verwahrlosung und Zweckentfremdung geschützt werden. In diesem Ziel sind sich Koalition, SPD und SSW einig. Die Sozialdemokraten hatten Ende Juni einen Entwurf für ein Wohnraumschutzgesetz eingebracht. Damit sollen Kommunen gegen Missstände vorgehen und Bußgelder verhängen können. CDU und Grüne hatten ein solches Gesetz ebenfalls in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt. Die FDP befürchtet hingegen „massive Eigentumseingriffe“.

„Wohnraum muss sich zu jeder Zeit in einem Zustand befinden, der seinen Gebrauch zu Wohnzwecken ohne erhebliche Beeinträchtigungen zulässt“, heißt es in dem SPD-Entwurf. Er sieht vor, dass Städte und Gemeinden Vermieter bei Androhung von Bußgeldern dazu zwingen können, notwendige Reparaturen vorzunehmen. Dies soll etwa greifen, wenn Heizung oder Sanitäreinrichtungen marode sind. Vermieter nutzten den engen Wohnungsmarkt aus und ließen Wohnungen teilweise verkommen, so SPD-Fraktionschef Thomas Losse-Müller. Er nannte als drastisches Beispiel die sogenannten Hölk-Häuser in Bad Oldesloe, wo feuchte Wände, Stromausfälle oder verstopfte Toiletten zum Alltag gehörten.

Auch Zweckentfremdung soll nach Willen der Sozialdemokraten eingedämmt werden. Hintergrund ist, dass Wohnungen zunehmend als Zweit- oder Ferienwohnungen genutzt werden. Kommunen sollen die Möglichkeit bekommen, die Nutzung als Ferienwohnung zu befristen.

Auszahlung des Kindersofortzuschlags geregelt

Die Auszahlung des neu eingeführten Sofortzuschlags für Kinder und junge Erwachsene aus einkommensschwachen Haushalten ist in Schleswig-Holstein zum 1. Juli gestartet. Der Landtag beschloss Ende Juni eine entsprechende gesetzliche Regelung.

Das zugrundeliegende Bundesgesetz war am 1. Juni in Kraft getreten. Es regelt den Sofortzuschlag in Höhe von 20 Euro monatlich für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. Voraussetzung ist, dass diese mit ihren Eltern oder einem Elternteil in einem Haushalt leben und auf Sozialleistungen angewiesen sind. Dazu zählen Arbeitslosengeld II, Sozialgeld sowie Asylbewerber- oder Sozialhilfeleistungen. Die Umsetzung des Bundesgesetzes musste auf Landesebene geregelt werden, zuständig für die Auszahlung sind die Kreise und kreisfreien Städte.



Wer in einem baufälligen Haus wohnt, hat derzeit eine schwache Position gegenüber dem Vermieter. Denn Wohnraum ist knapp: In Schleswig-Holstein fehlen laut dem Deutschen Mieterbund aktuell rund 100.000 Wohnungen.

Koalition plant eigenes Gesetz

Die SPD renne bei dem Thema „offene Türen“ bei der Union ein, erklärte Michel Deckmann (CDU). Allerdings dürfe man denjenigen, die vernünftigen Wohnraum anbieten, „keine Knüppel zwischen die Beine werfen“. Ähnlich äußerte sich Anna Langsch (Grüne): „Wir sind durch Menschen- und Grundrechte dazu verpflichtet, das Recht auf angemessene Unterbringung zu gewährleisten.“ Und Lars Harms (SSW) betonte, die Kommunen

bräuchten Mittel, um „gegen schwarze Schafe“ vorzugehen.

Der vielerorts knapper werdende Wohnraum erfordere entschiedeneres Handeln, sagte auch Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU). Ihr Ministerium arbeite bereits an einem eigenen Gesetz. „Wir wollen die Kommunen befähigen, nicht erst bei eingetretenen Mängeln und Gefahren, sondern schon bei drohenden Missständen einzuschreiten.“ Das Gesetz solle als Chance für die Kommunen ausgestaltet werden und ihnen keine neuen Pflichten aufbürden. Die Probleme gebe es punktuell, nicht flächendeckend, so die Ministerin. Also solle auch angepasst an die örtliche Lage gehandelt werden können.

Bernd Buchholz (FDP) warnte hingegen vor „massiven Eingriffen in Artikel 14 Grundgesetz“, der das Recht auf Eigentum schützt. Wegen weniger Ausnahmen dürfe es keine gesetzliche Regelung für das ganze Land geben: „Für so ein Landesgesetz reichen zwei, drei Häuser in Bad Oldesloe nicht aus.“

Der Innen- und Rechtsausschuss berät den Entwurf weiter.

Landtag erneuert Votum gegen CCS

Angesichts der aktuellen Debatte auf Bundesebene stellt sich der Landtag erneut geschlossen gegen die unterirdische Speicherung von CO₂ mittels der CCS-Technologie. In einem gemeinsamen Antrag verwiesen alle fünf Fraktionen Ende Juni auf ein bereits seit 2014 bestehendes gesetzliches Verbot im Lande. Zusätzlich wandte sich der Landtag gegen CCS in den deutschen Küstengewässern und in der Ausschließlichen Wirtschaftszone in Nord- und Ostsee.

Die Debatte ist neu entflammt, weil das Kohlendioxid-Speicher-gesetz, das den Einsatz von CCS derzeit verhindert, auf Bundes-ebene neu evaluiert werden soll. Die Ampel-Regierung überlegt, die Technik zu nutzen und sieht sie als mögliche Lösung „auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität 2050“.

CCS steht für „Carbon Capture and Storage“, zu Deutsch: Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung. Bei diesem Verfahren wird das bei einer Verbrennung freiwerdende CO₂ vom Abgasstrom getrennt, verflüssigt und unter der Erde eingeschlossen. Als Speicherorte dienen alte Gas- oder Erdöllagerstätten, salzhaltige Gesteinskörper oder der Meeresuntergrund. CCS-Gegner weisen auf Risiken hin, sollte es zu Lecks kommen. So könnten das Grundwasser verseucht und die Böden versauert werden. Auch Pflanzen und Tiere seien gefährdet.

Mehrheit gegen Übergewinnsteuer

Die SPD ist Ende Juni mit ihrem Vorstoß für eine sogenannte Übergewinnsteuer gescheitert. Damit sollten Unternehmen, die in der aktuellen Krise hohe Gewinne erzielt haben, zur Kasse gebeten werden. Die Sozialdemokraten forderten die Landesregierung auf, eine entsprechende Bundesratsinitiative aus Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen zu unterstützen. Das Plenum nahm stattdessen einen schwarz-grünen Alternativantrag an. Darin wird die Einführung einer Übergewinnsteuer als „schwierig“ bezeichnet und eine Änderung des Kartellrechts gefordert, „um effektiv gegen Preisabsprachen in bestimmten Branchen vorgehen zu können“.

Die Inflation infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine belastete viele Menschen schwer, so Serpil Midyatli (SPD). Gleichzeitig gebe es „Krisengewinnler“: „Allein im ersten Quartal dieses Jahres konnten die vier Öriesen Shell, BP, Exxon und Total ihren Nettogewinn gegenüber dem Vorjahr von 15 Milliarden auf 34 Milliarden Euro mehr als verdoppeln.“ Diese Konzerne müssten sich nun „besonders an der Bewältigung der Krise beteiligen“, so Midyatli.

Ole Plambeck (CDU) war strikt dagegen: „Ihre Übergewinnsteuer ist nichts anderes als eine knallharte Vermögensabschöpfung bei allen Unternehmungen jeglicher Größen und Branchen.“ Das sei „wirtschaftspolitischer Irrsinn“.

Weiter Debatte über Grundsteuer

Die FDP ist mit ihrem Gesetzentwurf für einen Kursschwenk bei der Grundsteuer auf wenig Gegenliebe gestoßen. Sowohl Schwarz-Grün als auch SPD und SSW wandten sich Ende Juni in Erster Lesung dagegen. Das Land habe sich bereits für das sogenannte Bundesmodell entschieden, und der Vorstoß der Liberalen komme ohnehin zu spät. Denn am Tag nach der Aussprache im Plenum, dem 1. Juli, sind die Abfragen für das neue Modell im Lande gestartet.

Nach dem Bundesmodell dient als Steuer-Grundlage der Wert einer Immobilie, der in einem Turnus von sieben Jahren neu berechnet wird. Die FDP plädiert dafür, von der vom Bund eingeräumten Länderöffnungsklausel Gebrauch zu machen und die Grundsteuer künftig an der Grundstücksfläche auszurichten. Es sei „noch nicht zu spät, die Reißleine zu ziehen und auf ein unbürokratisches und faires Modell umzuschwenken“, so FDP-Fraktionschef Christopher Vogt. Die Grundsteuer dürfe „keine kleine Vermögenssteuer für die Mittelschicht“ werden.

Das Bundesmodell sei „nicht so kompliziert wie gerne behauptet wird“, entgegnete der Grünen-Fraktionsvorsitzende Lasse Petersdotter. Ein Wechsel hingegen „würde Zeit brauchen, einen zweistelligen Millionenbetrag kosten und erneute Bürokratie verursachen“. Im Finanzausschuss wird der Gesetzentwurf weiter behandelt.

Ausbaubeiträge bleiben umstritten

Die Straßenausbaubeiträge sind auch in der neuen Wahlperiode ein politischer Zankapfel. SSW, FDP und SPD legten Ende Juni einen Gesetzentwurf vor, mit dem sie die Beteiligung von Bürgern an den Ausbaukosten komplett abschaffen wollen. Schwarz-Grün wies dies in Erster Lesung zurück.

Anstelle der früheren Pflichtbeteiligung gilt momentan eine Kann-Regelung. Die Kommunen entscheiden selbst, ob sie ihre Bürger heranziehen, wenn deren Straße instandgesetzt wird. In etwa 20 Prozent der Kommunen würden die Bürger zur Kasse gebeten, so Vertreter der Opposition. Das bedeute vielfach Belastungen von mehreren Tausend Euro. „Straßenbaubeiträge sind ein jahrzehntelanges Ärgernis, das im Einzelfall zu einer persönlichen Katastrophe führen kann“, so Lars Harms (SSW). Und Annabell Krämer (FDP) forderte die Koalition auf: „Stoppen Sie die Ungerechtigkeit, die Kosten der Gemeindestraßen nach dem Zufallsprinzip auf einige wenige Schultern abzuladen!“

Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) betonte hingegen die kommunale Eigenständigkeit: „Die Gemeindevertretungen sind jetzt selber in der Lage, zu entscheiden, ob sie die Beiträge erheben wollen oder nicht.“ Der Gesetzentwurf wird nun im Innen- und Rechtsausschuss und im Wirtschaftsausschuss beraten.

Mehr zum Thema: Seite 18

Der Land-Tag in Einfacher Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter oder Einfacher Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte und Einfache Sprache zu schreiben.

Mehr Mit-Sprache für junge Menschen

Der Land-Tag trifft viele wichtige Entscheidungen. Zum Beispiel über die Schulen und die Kinder-Gärten. Oder über die Umwelt, die Energie-Politik und den Klima-Schutz.

Diese Entscheidungen sind besonders für Kinder und Jugendliche wichtig. Denn sie werden am längsten mit den Entscheidungen von heute leben. Sie dürfen aber noch nicht mitbestimmen. Denn wählen dürfen sie erst mit 16 Jahren. Und Abgeordnete dürfen sie erst mit 18 Jahren werden.

Deswegen müssen Kinder und Jugendliche mehr mitreden können. Da sind sich die Abgeordneten im Land-Tag einig. Sie fordern einen **Jugend-Check** oder eine **Jugend-Strategie**.

Christian Dirschauer ist vom SSW. Er sagt: Viele Gesetze betreffen Kinder und Jugendliche direkt. Sie müssen immer gefragt werden wenn es um Kinder-Gärten und Schulen geht.

Werner Kalinka ist von der CDU. Er sagt: Im Landtag sind jetzt auch viele junge Abgeordnete. Das ist gut so.

Nelly Waldeck ist von den Grünen. Sie sagt: Der Land-Tag soll nicht nur Kinder und Jugendliche fragen. Auch Wissenschaftler und andere Erwachsene können sagen was für junge Menschen wichtig ist.

Sophia Schiebe ist von der SPD. Sie sagt: Der Land-Tag soll seine Entscheidungen nicht nur für die Menschen machen. Sondern auch mit den Menschen.

Heiner Garg ist von der FDP. Er sagt: Woanders klappt das schon. Zum Beispiel bei der Bundes-Regierung in Berlin oder im Bundes-Land Thüringen.

Aminata Touré ist die Ministerin für Jugend. Sie sagt: Viele junge Menschen interessieren sich gar nicht für Politik. Diese Menschen müssen wir auch erreichen.

Erklärungen:

Jugend-Check: Das Wort Check bedeutet Prüfung. Jugendliche sollen neue Gesetze selbst prüfen. Erst dann sollen diese Gesetze gelten.

Jugend-Strategie: Eine Strategie ist ein großer Plan. Dieser Plan soll viele Ideen enthalten wie Kinder und Jugendliche mitreden können.



Christian Dirschauer vom SSW



Nelly Waldeck von den Grünen



Sophia Schiebe von der SPD

Lettischer Präsident Levits zu Besuch im Landtag

Der Staatspräsident der Republik Lettland, Egils Levits, hat Mitte Mai den Landtag besucht. Zu dem rund einstündigen Programm gehörte ein Eintrag ins Gästebuch und eine Besichtigung des Plenarsaals. In einem Gespräch mit Landtagspräsident Klaus Schlie ging es um die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Ostseeraum, demokratische Werte und den Krieg in der Ukraine.

„Der Landtagspräsident und ich sind uns einig, dass der Angriff auf die Ukraine nicht tolerierbar ist und wir alles dafür tun müssen, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnt“, sagte Levits im Anschluss. Ein Beitritt Finnlands und Schwedens zur Nato sei zu begrüßen, so der Staatspräsident.

Für den 66-Jährigen war der Besuch in Kiel eine Rückkehr. Nach dem Abitur war er mit seiner Familie 1972 nach Deutschland ausgewandert. Von 1984 bis 1989 lebte Levits in Kiel, wo er als wissenschaftlicher Assistent an der juristischen Fakultät der Uni arbeitete. Von 1986 bis 1989 war er Referendar im Bezirk des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts. 1993 wurde der parteilose Levits Vize-Ministerpräsident Lettlands, zwei Jahre später Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, 2004 Richter am Europäischen Gerichtshof. Seit 2019 ist er Präsident der Republik Lettland. Mit Schleswig-Holstein verbinde er „den Wind und die Förde“, so Levits. „Wenn man hier spazieren geht, fühlt man sich wie erneuert.“



Staatspräsident Egil Levits (Mitte) mit Landtagspräsident Klaus Schlie (li.) und Ministerpräsident Daniel Günther

Im Anschluss an seine politischen Gespräche nahm der lettische Staatspräsident an der Kieler Uni eine Auszeichnung entgegen. Die Schleswig-Holsteinische Juristische Gesellschaft ehrte ihn mit dem erstmals verliehenen Rechtsstaatspreis.

Ostseeparlamentarier: scharfer Protest gegen Russland

Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat den russischen Angriff auf die Ukraine aufs Schärfste verurteilt und ein entschiedenes Vorgehen gegen den Aggressor gefordert. Der Krieg stand im Zentrum des diesjährigen Treffens Mitte Juni in Stockholm.

Der „ungerechtfertigte“, „nicht provozierte“ und „brutale“ Angriff sei eine Bedrohung von Frieden, Stabilität und Demokratie in ganz Europa, stellen die 160 Teilnehmer der „Baltic Sea Parliamentary Conference“ (BSPC) in ihrer Abschlussresolution fest. Sie fordern die Regierungen zu einer „entschlossenen, gemeinsamen Antwort“ und zu den „härtest möglichen Maßnahmen“ auf, etwa einem Öl-Embargo, und sie begrüßen die Entscheidung Finnlands und Schwedens, der NATO beitreten zu wollen. „Auch, wenn es unterschiedliche Wahrnehmungen und Interessen der Mitgliedsstaaten gibt, stehen wir fest zusammen auf einem gemeinsamen Wertefundament“, betonte Landtagsvizepräsidentin Eka von Kalben, Leiterin der schleswig-holsteinischen Delegation.

Weitere Punkte der Abschlussresolution sind die Energiesicherheit, der Jugendaustausch, die Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft sowie die Einrichtung eines Fonds für die Bergung versenkter Kriegsmunition. Außerdem hebt die Resolution die Bedeutung des Ostseeraums für den Ausbau der Erneuerbaren Energien hervor. Schleswig-Holstein hatte mit einer Reihe von Anträgen darauf hingewirkt. Es war das 31. Treffen seit 1991. In der BSPC sind Parlamentarier aus Deutschland, Polen, Schweden, Norwegen, Finnland, den Åland-Inseln, Dänemark, Island, Estland, Lettland und Litauen vertreten. Aus Deutschland



Die schleswig-holsteinische Delegation in Stockholm (v. li.): Kai Dolgner (SPD), Peter Lehnert (CDU), Eka von Kalben (Grüne), Christopher Vogt (FDP), Jette Waldinger-Thiering (SSW)

kommen Abgeordnete des Bundestags sowie der Landesparlamente von Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. Russlands Mitgliedschaft war nach dem Angriff auf die Ukraine suspendiert worden, das Land erklärte daraufhin seinen Austritt. Mehr: www.bspc.net

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat.
Diesmal: die PISA-Studie und das darauffolgende Beben in der Bildungspolitik.

2001:

PISA, Finnland und eine „Reise nach Deppendorf“

Das Zeugnis für Deutschlands Bildungssystem fiel bescheiden aus: Viele 15-Jährige zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen können den Sinn eines Textes nicht erfassen und einfache mathematische Aufgaben nicht lösen. Die Kluft zwischen Kindern aus wohlhabenden und aus armen Familien ist gewaltig. Und im internationalen Vergleich hinkt die Bundesrepublik hinterher. „PISA“ (Programme for International Student Assessment) hieß die Studie, die Ende 2001 das deutsche Schulwesen als schiefen Turm entblößte und einen heute fast sprichwörtlichen „Schock“ auslöste. 32 Industrieländer standen auf dem Prüfstand, Deutschland rangierte in den verschiedenen Kategorien zwischen Platz 20 und 22.

Auch im Kieler Landtag herrschte am 14. Dezember 2001 Ernüchterung, als die Landespolitik über die Erkenntnisse debattierte, die die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wenige Tage zuvor veröffentlicht hatte. „Die PISA-Studie stellt uns allen, der gesamten Gesellschaft, ein schlechtes Zeugnis aus“, bekannte Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave, deren SPD gemeinsam mit den Grünen die Landesregierung stellte. „Fast zehn Prozent der Schüler konnten eine Aufgabe nicht lösen, bei der sie die Fläche eines Rechtecks mit den Seitenlängen 3 mal 4 Zentimeter berechnen sollten“ – entweder

wegen mangelnder Mathe-Kenntnisse, oder „weil sie die Aufgabe schlicht nicht lesen konnten“. Besonders Schüler mit Migrationsgeschichte seien betroffen: „Galt in den 60er-Jahren das katholische Mädchen in Bayern vom Lande als Problemfall, dann ist es heute der 15-jährige türkische Junge aus der Großstadt.“ Die Ministerin zählte eine lange Mängelliste auf: „unzureichende Gestaltung des Unterrichts“, „mangelnde Ausbildung der Lehrkräfte“, „unzureichende Frühförderung“, „zu wenig Lernzeit am Nachmittag“ und „mangelnde Förderung der Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten sozialen Schichten“.

„Wer bei der Bildung spart, gefährdet den Wohlstand“

In der Analyse waren sich die Abgeordneten mit der Ministerin einig, aber das Gegenmittel war umstritten. Jost de Jager (CDU) machte sich für „die Renaissance des Leistungsbegriffs“ stark. Ein erster Schritt müssten „zentrale Prüfungen in den zentralen Fächern“ sein: „Die Leistung der Schulen kann ich nur dann ermesen und bemessen, wenn ich zentrale Prüfungen habe, die einen solchen Vergleich tatsächlich auch zulassen.“ Eine strengere Benotung sei kein Allheilmittel, hielt Jürgen Weber (SPD) dagegen: „Alle Länder, die auf Ziffernoten in den Klassen 1 und 2 und zum Teil auch darüber hinaus verzichten, liegen in dieser Untersuchung vor Deutschland.“

Ekkehard Klug (FDP) warnte vor „kinderfeindlichen Paukschulen japanischer oder koreanischer Art“ und richtete den Blick auf den PISA-Primus Finnland. Dort gebe es „für Schüler mit Lernschwierigkeiten einen Anspruch auf gezielte Nachhilfe“, und die Bildungsausgaben lägen „um ein Drittel über dem europäischen Durchschnitt“. Diesen Weg müsse auch Deutschland gehen: „Wer jetzt noch an Bildung spart, der spart die Grundlagen unseres Wohlstandes und unser sozialen Stabilität in diesem Land zu Tode.“ Die nordischen Länder mit ihrem gemeinschaftlichen Unterricht lägen bei PISA insgesamt weit vorne, betonten Grüne und SSW: Ein „egalitäres Bildungssystem“ forderte Angelika Birk (Grüne) auch für Deutschland: „Alle Kinder in den ersten neun Jahren in einer Schule, das ist in vielen Ländern Standard. Das sollte uns doch nachdenklich machen.“ Anke Spooren-donk (SSW) sah das genauso: „Das gegliederte Schulsystem, so wie wir es kennen, hat keine Zukunft.“ Die internationale Studie sei nur die halbe Wahrheit, merkte der Christdemokrat de Jager an. Landespolitisch werde es erst „ernst und interessant“, wenn die Reihenfolge der deutschen Bundesländer bekannt sei.



Gespräch am Rande der Plenarsitzung: Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD), Angelika Birk (Grüne), Ekkehard Klug (FDP)



Die Erde ist eine Kugel – aber wo liegt Pisa? Die deutsche Bildungslandschaft begann nach Veröffentlichung der OECD-Studie zu rotieren.

„Niemand streitet so emotional wie die Deutschen“

Ein halbes Jahr später lagen die Vergleichszahlen vor – und der Norden schnitt ordentlich ab. Schleswig-Holsteins Gymnasiasten landeten bei den Naturwissenschaften sogar auf Platz eins und in Mathematik auf Platz drei. Bei den Leseleistungen aller 15-Jährigen fiel das Land hingegen deutlich hinter Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen zurück, was am 20. Juni 2002 die nächste Schuldebatte im Landtag befeuerte. „Wenn die CDU/CSU-geführten Länder gesondert bewertet worden wären“, so der Unions-Fraktionschef und spätere Landtagspräsident Martin Kayenburg, „lägen wir im Ranking der OECD viel besser, als wir dies in der Gesamtwertung tun.“ An der Spitze des internationalen Vergleichs stehe „keines unserer Bundesländer“, betonte Bildungsministerin Erdsiek-Rave und warnte davor, die PISA-Ergebnisse wie eine „Bundesligatabelle“ zu lesen: „Das System Schule ist ein bisschen komplexer als der Fußball.“

Rot-Grün legte ein Maßnahmenbündel vor, das den Auftakt zu einem Umbau der schleswig-holsteinischen Schullandschaft bilden sollte. Kernpunkte: mehr Förderung für Grundschulkinder, Rückstufung und Schulwechsel nur in absoluten Ausnahmefällen, Sprachtraining für Schüler aus Migrationsfamilien, verbindliche Leistungsstandards, Ganztagsangebote. „Wir werden die Messlatte internationaler Standards an unsere Schulreformen anlegen“, erklärte der

Sozialdemokrat Weber. Bessere Leistungen und gemeinsames Lernen seien keine Widersprüche, unterstrich die Grünen-Abgeordnete Birk: „Man kann klügere Kinder und weniger kluge Kinder in einer Klasse haben und kann trotzdem Standards erreichen. Das ist die Kunst guter Pädagogik.“

Schwarz-Gelb ging mit den Plänen der Koalition hart ins Gericht. „Musste es eigentlich erst PISA bedürfen, bevor Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, aufwachen?“, fragte die CDU-Parlamentarierin Sylvia Eisenberg. Die Koalition blende wesentliche Punkte aus, monierte sie: „Realschulen und Gymnasien kommen bei Ihnen überhaupt nicht vor.“ Auch FDP-Bildungsexperte Klug bemängelte eine „Konfusion in der rot-grünen Bildungspolitik“ und merkte an: „Der rot-grüne Aufbruch nach PISA endet bedauerlicherweise irgendwo in der Gegend von Deppendorf.“ Angesichts des heftigen Parteienstreits stelle SSW-Frau Spoorendonk fest, dass „in keinem anderen Land die Debatte so emotional geführt wird wie in der Bundesrepublik“. Anstatt Beschlüsse im Konsens zu fassen, werde versucht, die „inhaltlichen Mängel des Schulwesens der unterschiedlichen Bundesländer“ anzuschwärzen.

Deutschlands Schüler holen langsam auf

Und so war dies nicht die letzte Debatte zu diesem Thema, zumal Deutschland in den Jahren nach dem „PISA-Schock“ sein

Bildungssystem umbaute. Die Schulen boten mehr Ganztagsunterricht an, der Kita-Bereich wurde massiv ausgebaut, und die Politik setzte auf mehr gemeinsames Lernen. In Schleswig-Holstein haben die Kindertagesstätten seit 2004 einen im Gesetz verankerten Bildungsauftrag. Ab 2007 verschmolzen die Haupt- und Realschulen zur neuen Gemeinschaftsschule – angeschoben von der damaligen Koalition aus CDU und SPD. Seit 2009 gibt es zentrale Abschlussprüfungen in den Kernfächern Deutsch, Mathe und Englisch.

Die Bildungsreformen wurden begleitet von weiteren Studien der OECD, in denen Deutschland langsam nach oben kletterte. 2018 lag die Bundesrepublik in den Kategorien Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften auf Plätzen zwischen elf und 15 und erreichte Qualitätswerte, die deutlich über dem Schnitt lagen. Allerdings: Es wurde erneut eine Spaltung zwischen Bildungsgewinnern und -verlierern diagnostiziert. Kinder aus sozial schwächeren Elternhäusern besuchen deutlich seltener eine Kita. Wer kein Gymnasiast ist, greift kaum zu einem Buch. Und Jugendliche aus Zuwandererfamilien haben nach wie vor schlechtere Chancen auf einen gut bezahlten Job. Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave hatte bereits 2001 einen langen Atem gefordert: Auch die Stabilisierung des echten schiefen Turms im norditalienischen Pisa habe viele Jahre gedauert.

Karsten Blaas

Bildband zum „Haus an der Förde“ erschienen

Seit 1950 ist der Schleswig-Holsteinische Landtag im Landeshaus an der Kieler Förde zu Hause, zuvor diente das 1888 fertiggestellte Gebäude als Ausbildungsstätte für Offiziere der kaiserlichen Marine und als militärischer Verwaltungssitz. Während des Zweiten Weltkriegs wurde es durch Bombenangriffe stark beschädigt. Ein neuer Bildband arbeitet nun die wechselvolle Geschichte des Backsteinbaus auf: „Das Haus an der Förde. Von der Marineakademie zum Parlamentssitz – Geschichte und Architektur des Landeshauses Kiel“, heißt das 224 Seiten starke Werk, das im Husum-Verlag erschienen ist. Herausgeber ist der Landtag.

Das Buch beschreibt den Weg der Demokratie in das Landeshaus - vom Ripener Vertrag 1460 mit der Vorgabe, dass Schleswig und Holstein „blieven ewich tosamende ungedeelt“ über die Erhebung der Herzogtümer gegen die dänische Herrschaft 1848 bis zur Gründung des Bundeslandes nach dem Zweiten Weltkrieg. Und es zeichnet nach, wie sich das Haus im Lauf der Jahre und mit den unterschiedlichen Verwendungszwecken gewandelt hat. Der einstige preußische Prunk an den Fassaden und in den Sälen ist heute weitgehend verschwunden, die Trümmer des Krieges sind beseitigt, und

das Parlament tagt jetzt in einem gläsernen Plenarsaal, der vor 20 Jahren an der Wasserrseite angebaut wurde. Einzelne Räume mit architektonischen Besonderheiten werden in dem Buch unter die Lupe genommen, die Entwicklung der Außenanlagen wird nachgezeichnet, und die verschiedenen Kunstwerke, die um das Landeshaus herum errichtet wurden, werden vorgestellt.

Das Landeshaus sei inzwischen ein „offenes Haus der Demokratie“, betonte der dama-

lige Landtagspräsident Klaus Schlie bei der Vorstellung des Buches Ende Mai. Jede Epoche habe ihre Spuren hinterlassen. Heute stehe das „Haus an der Förde“ für Kontraste und Klarheit genauso wie für Repräsentanz und Transparenz: „Werte, die auch die schleswig-holsteinische Politik ausmachen“, so Schlie.

Der Bildband ist im Buchhandel oder online erhältlich (ISBN 978-3-96717-076-4). Das Buch kann nicht über den Landtag erworben werden. Es kostet 39,95 Euro.



Niege Broschüür: 30 Johr Birat Nedderdüütsch



De plattdüütsche Spraak höört to Sleswig-Holsteen dorto, aver vele Lüüd snackt Platt nich mehr as Moderspraak. Siet 30 Johren bemöht sick de Birat Nedderdüütsch bi den Sleswig-Holsteenschen Landdag dorüm, de Spraak an't Leven to holen un ok junge Lüüd dorför to begeistern. Een niege Broschüür wiest nu, wat de Birat siet 1992 allens op de Been stellt hett. Een oder twee Mol in't Johr komen Politikere ut'n Landdag un ut de Regeren tosamen mit Ehrenamtlers ut Vereenen un Verbänden, mit Wetenschappers un mit Lüüd ut de Medien. 54 Mol hett sick de Birat in düsse Tied droppen. De Broschüür nömmt de Inholt vun all düsse Sitten un ok, wat dorbi rutkamen is.

Un Lidmaten vun de Birat erinnert sick, wat dor allens los weer. De ehemoligen Landdagspräsidenten Klaus Schlie, Martin Kayenburg, Torsten Geerds un Ute Erdsiek-Rave hebbt ehre Indrücke opschreven, un ok Bildungsministerin Karin Prien, Werner Junge vun'n NDR, vele Afgeordnete ut'n Landdag un Lüüd ut plattdüütsche Instituschionen sünd mit dorbi.

Hüütodaags is dat Plattdüütsche in Sleswig-Holsteen veel präserter as vör 30 Johren – to'n Bispeel in Scholen un Kinnergoorns un op de Universitäten. Und dat hett ok wat mit de Arbeit vun de Birat to doon.

Enkelte Exemplare vun de Broschüür giff dat bi't Europa-Referat vun'n Landdag:
regina.baltschun@landtag.ltsh.de
Tel.: 0431 / 988-1164



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landtages herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können.

Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111.

Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Flaßpöhler, Svenja: Sensibel: Über Moderne Empfindlichkeit und die Grenze des Zumutbaren. Stuttgart – Klett-Cotta, 2021. – 231 S.

Geschichtlich steht Sensibilisierung für Fortschritt, schreibt die Philosophin Svenja Flaßpöhler, Chefredakteurin des „Philosophie Magazin“. Aber in vielen aktuellen Debatten zersplittert die Sensibilität die Gesellschaft: Wo liegt die Grenze des Sagbaren? Ab wann ist eine Berührung eine Belästigung? Flaßpöhler beleuchtet die zunehmende Sensibilisierung des Selbst und der Gesellschaft – und setzt ihr das Konzept der Widerstandskraft entgegen. Nur mit einer Versöhnung von Resilienz und Sensibilität, so ihre Folgerung, ist die Zukunft zu meistern.



Schieritz, Mark: Olaf Scholz: Wer ist unser Kanzler? – Frankfurt a.M.: S. Fischer, 2022. – 174 S.

Deutschland hat seit vergangenem Herbst einen neuen Bundeskanzler. Nach 16 Jahren Angela Merkel regiert nun Olaf Scholz im Kanzleramt, den Autor Mark Schieritz als „großen Unbekannten in der deutschen Politik“ beschreibt. Wer ist Olaf Scholz? Welche Politik vertritt er? Was bewegt und motiviert ihn? Schieritz, wirtschaftspolitischer Korrespondent der „Zeit“, erklärt den Menschen, Politiker und Kanzler Scholz. Seine These: Der Sozialdemokrat könnte ein Kanzler des Aufbruchs werden – wenn er das Wagnis eingeht.



Belton, Catherine: Putins Netz: Wie sich der KGB Russland zurückholte und dann den Westen ins Auge fasste. – Hamburg: Harper Collins, 2022. – 3. Aufl. – 606 S.: Illustrationen.

Als Ende der 1980er-Jahre die Sowjetunion zusammenbrach, ahnte niemand, dass ein ehemaliger KGB-Agent sich über Jahrzehnte als russischer Präsident behaupten würde. Doch ein Alleinherrscher ist Wladimir Putin nicht. Seine Macht stützt sich auf ein Netzwerk früherer KGB-Agenten, dessen Einflussnahme weit über Russland hinausreicht. Catherine Belton, ehemalige Moskau-Korrespondentin der Londoner „Financial Times“, hat mit zahlreichen Kreml-Insidern gesprochen. Ihr Buch ist ein Blick in ein mafioses Geflecht aus Kontrolle, Korruption und Machtbesessenheit.

JiL-Broschüre erschienen

Die Broschüre zur 34. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ liegt jetzt vor. In der 330 Seiten starken Dokumentation sind alle Anträge und Beschlüsse der Jugendlichen aus dem vergangenen November sowie die Stellungnahmen der Landtagsfraktionen, der schleswig-holsteinischen Landesgruppen im Bundestag und der Landesministerien enthalten. Die 40 jungen Leute aus ganz Schleswig-Holstein hatten insgesamt 37 Anträge verabschiedet. So fordern sie eine Stärkung des Gesundheitssystems angesichts der Corona-Pandemie, den Ausbau des Bus- und Schienennetzes im ländlichen Raum, kostenlose Fahrkarten für Jugendliche und weniger Düngemittel in der Landwirtschaft.

Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden: bestellungen@landtag.ltsh.de.

Impressum

Herausgeber:

Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1130, johannes.utzolino@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Yvonne Windel, Detlef Ziepe, Mareike Watolla, Janine Wergin, Vivien Albers, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Christian Pohl/pixelio.de, UKSH, Special Olympics/Stefan Holtzern, Tammo Schwarz, Verlag Harper-Collins, Klett-Cotta Verlag, S. Fischer Verlag, Amatik Designagentur, Rainer Storm/pixelio.de, AVTG/Stock.Adobe.com, Thomas Reimer/Stock.Adobe.com, VRD/Stock.Adobe.com

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel,
www.medienhaus-kiel.de

Titelseite: Amatik,
Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel,
www.medienhaus-kiel.de

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639,
Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7. Juli 2022

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de



Jan Kürschner, Grüne,
geboren am 28. August 1974,
Rechtsanwalt, wohnt in Kiel

Abgeordnete persönlich

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Die große Fridays-For-Future-Demo 2019 in Kiel. Als Rechtsanwalt hatte ich für diese Versammlung die Wegstrecke über den symbolträchtigen Theodor-Heuss-Ring freigekämpft. Ich bin dann mit meinen Kindern hingegangen. Die jungen Leute waren alle sehr begeistert. Dabei habe ich mich gefragt, ob es eigentlich reicht, was Leute meiner Generation dazu beitragen. Als ich selbst noch Schüler war, war die Gesellschaft weit entfernt davon, 15.000 Schüler für den Klimaschutz auf die Straße zu bringen. Es verändert sich also doch etwas. Wir sind weitergekommen. Nur was den Klimaschutz angeht, sind wir (und der Rest der Menschheit) einfach zu langsam.“

Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„Aus den letzten Jahren eindeutig ‚Schnelles Denken, langsames Denken‘ von Daniel Kahneman. Ein Buch für alle Menschen, die sich zu irgendetwas entscheiden müssen. Menschen funktionieren beim Treffen von Entscheidungen in vielen Situationen überhaupt nicht gut. Manche mögen Psychologie als schwer greifbar einstufen. Dennoch funktionieren wir alle, einschließlich der Abgeordneten natürlich, unbemerkt nach psychologischen Regeln. Für meine Tätigkeit als Abgeordneter eines Parlamentes erscheint es mir sehr hilfreich, dieses Buch gelesen zu haben. Sein neues Buch liegt bei mir auf dem Nachttisch.“

Aus meinen jungen Jahren noch ‚Das Foucaultsche Pendel‘ von Umberto Eco. Da steht viel drin, auch über Geschichte und Politik, und eigentlich alles, was man zu Verschwörungstheorien wissen sollte. Es hat wieder an Aktualität gewonnen durch die Querdenkerbewegung. Ecos Grundgedanke ist, dass durch fiktive Verschwörungstheorien durchaus soziale Wirklichkeiten geschaffen werden. Das muss man ernst nehmen. Ich fürchte, es wird zu wenig gelesen.“

Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Auf Erik Satie wäre ich gespannt. Das wird aber wohl nichts mehr werden. Er starb schon 1925.“

Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Schnell gedacht: Mein Notebook, mein WLAN und eine große Antenne natürlich. Beim langsamen Denken: Da fehlt noch eine erneuerbare Energiequelle. Meine erste Überlegung war also ein wenig kurzfristig. Was hatte ich eben noch bei meinen Lieblingsbüchern gesagt?“

Was bringt Sie auf die Palme?

„Ich selbst betrachte mich als recht langmütig. Meistens.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Beim Klimaschutz und der Energiewende müssen wir jetzt alles ganz schnell wieder auf- und überholen, was uns an kostbarer Zeit u. a. durch die für mich immer noch unerklärliche Altmaier-Delle aus Zeiten der großen Koalition im Bund verloren gegangen ist. Ansonsten steht natürlich der Plan im Koalitionsvertrag ...“



Die zwölfjährige Emilie Wunderlich wurde Mitte Mai Landessiegerin des diesjährigen Vorlesewettbewerbs. Die Fünftklässlerin vom Johann-Rist-Gymnasium in Wedel überzeugte die Jury mit ihrem Vortrag aus dem Kinderbuch „Unglaubliche 12“ von Heike Abidi. Ende Juni vertrat sie Schleswig-Holstein beim Bundesfinale in Berlin.



Im Mai und Juni hieß es landesweit wieder: „Jugend sammelt für die Jugend“. Zuvor ehrten Landtag und Landesjugendring die fleißigsten Spendensammler des Jahres 2021: die Jugendfeuerwehr Nienendorf an der Stecknitz (Kreis Herzogtum Lauenburg), den SV Athletika Nord aus Loit (Kreis Schleswig-Flensburg) und die Musiker der Jungen Sinfonie.



Der Journalist und Autor Hasnain Kazim las Anfang Juni im voll besetzten Schleswig-Holstein-Saal aus seinen Büchern „Post von Karlheinz“ und „Auf sie mit Gebrüll!“ und diskutierte anschließend mit den Gästen über Rassismus und Populismus. Der Flüchtlingsbeauftragte und der Beauftragte für politische Bildung hatten Kazim eingeladen.

Zu Besuch im Landeshaus



Comic-Zeichner und „Werner“-Erfinder Rötger „Brösel“ Feldmann präsentierte Mitte Juni sein Motorrad „Satte Literschüssel“, das Bestandteil der Ausstellung Zur schleswig-holsteinischen Comic-Kultur ist (siehe S. 40).



Die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Michaela Pries (Bildmitte, mit weißer Bluse), hat Ende April die Mitglieder des Landesbeirats für Teilhabe gewürdigt. Der Beirat bringt die Erfahrungen behinderter Menschen in politische Entscheidungen ein. Nach der Landtagswahl wurde er neu besetzt.

Termine, Termine, Termine ...

Ausstellung zur „Comic-Kult(ur)“

Die Ursprünge des Comics reichen in Schleswig-Holstein bis ins 19. Jahrhundert zurück. Eine Ausstellung im Landeshaus zeigt bunte Bilder von damals und heute.

Die Schau, die der Landtag gemeinsam mit der Investitionsbank (IB.SH) ausrichtet, versammelt einige der wichtigsten Akteure in und aus Schleswig-Holstein. So sind Originalzeichnungen der Dirks-Brüder zu sehen,

die das Museum „Lüttenheid“ in Heide zur Verfügung gestellt hat. Rudolph und Gus Dirks wanderten 1884 aus Dithmarschen in die USA aus und wurden dort zu Wegbereitern des modernen Comics. Rudolph Dirks erschuf die „Katzenjammer Kids“ – die Reihe gilt als der älteste noch laufende Comic-Strip weltweit. Zudem präsentiert Rötger „Brösel“ Feldmann seinen „Werner“, und es gibt einen Streifzug durch die junge Szene, für die etwa das Kieler

Magazin „Pure Fruit“ steht. Dahinter stehen die Zeichner und Illustratoren Tim Eckhorst, Gregor Hinz und Volker Sponholz.

Die Ausstellung ist bis zum 28. August täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, lediglich der Personalausweis ist erforderlich. Ein barrierefreier Zugang ist gewährleistet.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de



Landtag ist bei der „Museumsnacht“ dabei

Der Landtag macht am Freitag, den 29. August, wieder bei der Kieler „Museumsnacht“ mit. An diesem Abend laden Ausstellungsorte in der ganzen Stadt zu einer Entdeckungsreise. Im Landeshaus steht von 19:00 bis 24:00 Uhr die Ausstellung zur „Comic-Kult(ur)“ offen, und die Künstler Tim Eckhorst und Volker Sponholz zeigen ihre Tricks beim Comic- und Karikaturenzeichnen. Dazu gibt es Führungen

mit dem Schauspieler Andreas Schauder, der „Wahres, Gelogenes und Erstaunliches“ berichtet. Im Plenarsaal erwarten die Gäste Vorträge mit der Kunsthistorikerin Jennifer Albers und dem Historiker Jan Schlürmann. Besucher können am Rednerpult ein Selfie machen. Das Team der Landeshauskantine serviert in der Cafeteria Snacks und Getränke, und ein Musikprogramm untermalt das Geschehen. Ein kostenloser Bus- und Schiff-Shuttle ermöglicht das Pendeln zwischen den verschiedenen Veranstaltungsorten.

Sprechtage der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Sommer Außensprechtage, um Bürger vor Ort zu beraten.

Geplant sind folgende Termine:

Donnerstag, 7. Juli: Lübeck

Dienstag, 19. Juli: Heide

Donnerstag, 4. August: Lübeck

Dienstag, 18. August: Heide

Montag, 29. August: Elmshorn

Dienstag, 1. September: Lübeck

Donnerstag, 20. September: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr. Termine in **Heide** in der Kreisverwaltung, Stettiner Str. 30, 11:00 bis 15:00 Uhr. Termin in **Elmshorn** in der Kreisverwaltung, Kurt-Wagener-Straße 11, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in Kiel, Karolinenweg 1: jeden Mittwoch von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

**Aktuelles unter www.sh-landtag.de,
Rubrik „Beauftragte“**